

# Inhaltsverzeichnis

<b>1. Abschnitt. Einführung und rechtliche Rahmenbedingungen</b> .....	1
<b>1. Kapitel. Einführung</b> .....	1
§ 1. Einführung .....	1
A. Grundlagen von Compliance .....	3
B. Haftungsrisiken für Unternehmen, Organe und Mitarbeiter .....	6
C. Compliance in der Rechtsentwicklung .....	9
I. Rechtsgrundlagen .....	9
II. Rechtspflicht zur Compliance-Organisation? .....	10
III. Compliance in der Rechtsprechung .....	12
IV. Compliance-Verbände und Berufsbild des Compliance-Managers	13
V. Standards für die Compliance-Organisation .....	14
VI. Compliance in der Gesetzgebung .....	14
D. Von Compliance zu «Integrated Assurance» – eine Zukunftsperspektive .....	15
I. Einführung .....	15
II. Begriff und Struktur der „Integrated Assurance“ .....	16
III. Praktische Umsetzung einer „Integrated Assurance“ im Unternehmen .....	17
IV. Einheitliche Fehler-Ursachen Analyse .....	21
V. Die Rolle der internen Revision und der externen Wirtschaftsprüfung bei der „Integrated Assurance“ .....	22
VI. Und schließlich: „Integrated Assurance“ und Ethik- bzw. Integritätsmanagement .....	23
<b>2. Kapitel. Nationale und internationale rechtliche Rahmenbedingungen</b> .....	25
§ 2. Unternehmensführung und Gesellschaftsrecht .....	25
A. Öffentlich-rechtliche Pflichten und Registerpflichten .....	33
I. Gewerberechtliche Pflichten .....	33
1. Gewerberechtliche Anzeigepflichten .....	34
2. Gewerberechtliche Zulassungspflichten .....	34
II. Meldepflichten zum Handelsregister .....	35
1. Eintragungspflichtige Tatsachen und Rechtsverhältnisse .....	35
2. Eigeninteresse an konstitutiven Eintragungen .....	37
B. Aktiengesellschaft .....	37
I. Gründungsvorstand .....	38
1. Strafrechtliche Sanktionen gegen den Gründungsvorstand .....	38
2. Zivilrechtliche Haftung des Gründungsvorstands .....	38
a) Haftung bei Verletzung gründungsspezifischer Pflichten .....	38
b) Handelndenhaftung vor Handelsregistereintragung der Gesellschaft .....	39
II. Geschäftsbriefe der Aktiengesellschaft .....	40
III. Registerpflichten des Vorstands .....	41
IV. Buchführungspflichten des Vorstands .....	42
1. Zuständigkeit und Reichweite der Buchführungspflicht .....	42
2. Sanktionen bei Verstößen gegen Buchführungspflichten .....	43
V. Vorstandspflichten bei Verlust in Höhe der Hälfte des Grundkapitals .....	44

VI. Insolvenzantragspflichten .....	46
VII. Zahlungsverbote bei Insolvenzreife .....	48
VIII. Einlagenrückgewähr .....	50
1. Verbot der Einlagenrückgewähr .....	50
2. Schadensersatzansprüche wegen unzulässiger Einlagenrückgewähr .....	51
IX. Erwerb eigener Aktien .....	52
1. Verbot des Erwerbs eigener Aktien .....	52
2. Schadensersatzhaftung bei unzulässigem Erwerb eigener Aktien .....	52
X. Ausgabe von Aktien vor voller Leistung des Ausgabebetrags .....	52
1. Verbot der Ausgabe von Inhaberaktien vor voller Leistung des Ausbabetrags .....	52
2. Schadensersatzhaftung und Ordnungswidrigkeitentatbestand ..	52
XI. Verteilung von Gesellschaftsvermögen .....	53
XII. Vergütungsgewährung an Aufsichtsratsmitglieder .....	53
XIII. Kreditgewährung durch den Vorstand .....	54
XIV. Unzulässige Aktienausgabe bei bedingter Kapitalerhöhung .....	54
1. Ausgabe von Aktien bei bedingter Kapitalerhöhung .....	54
2. Haftungsfolgen bei fehlerhafter Aktienemission .....	55
XV. Haftungsrisiken bei Doppelmandaten .....	55
1. Stimmverbote in Vorstandssitzungen und Hauptversammlungen .....	56
a) Kein generelles Stimmverbot in Vorstandssitzungen .....	56
b) Stimmverbot bei Entlastung des Vorstands .....	56
c) Kein Stimmverbot bei Wahl des Aufsichtsrats .....	57
d) Rechtsfolgen unzulässiger Stimmrechtsausübung .....	58
e) Praktischer Vorschlag: Enthaltung bei erheblichen Konflikten .....	58
2. Kollision von Verschwiegenheits- und Informationspflicht ..	58
3. Doppelmandate im faktischen Konzern .....	59
a) Vermutung der Veranlassung nachteiliger Maßnahmen ..	59
b) Keine höheren Anforderungen an den Haftungsausschluss .....	59
XVI. Geltendmachung von Ansprüchen .....	60
C. Gesellschaft mit beschränkter Haftung .....	60
I. Gründungsgeschäftsführung .....	61
1. Strafrechtliche Sanktionen gegen die Gründungsgeschäftsführer .....	61
2. Zivilrechtliche Haftung der Gründungsgeschäftsführer .....	61
a) Haftung für falsche Auskünfte nach §§ 9a ff. GmbHG ..	61
b) Handelndenhaftung vor Handelsregistereintragung der Gesellschaft .....	62
II. Geschäftsbriebe der GmbH .....	63
III. Registerpflichten der Geschäftsführung .....	65
1. Anmeldepflichten gegenüber dem Handelsregister .....	65
2. Verpflichtung zur Aktualisierung der Gesellschafterliste ..	66
IV. Buchführungspflichten der Geschäftsführung .....	66
1. Zivilrechtliche Haftung der Geschäftsführung .....	66
2. Steuerrechtliche Sanktionen und Haftung der Geschäftsführer .....	67
3. Ordnungswidrigkeitentatbestände und Straftatbestände .....	68

V. Die Geschäftsführung in der Krise der Gesellschaft .....	69
1. Verhaltenspflichten der Geschäftsführung .....	69
a) Einberufung der Gesellschafterversammlung und Verlustanzeige .....	69
b) Insolvenzantragspflicht der Geschäftsführung .....	70
c) Zahlungsverbot der Geschäftsführung nach Insolvenzreife der Gesellschaft .....	70
2. Rechtsfolgen von Pflichtverletzungen .....	70
a) Schadensersatzhaftung bei Unterlassen der Verlustanzeige .....	70
b) Schadensersatzhaftung für Insolvenzverschleppung .....	71
c) Schadensersatzhaftung für Masseschmälerung .....	71
d) Haftung für Unterlassen von Sanierungsmaßnahmen .....	71
VI. Zahlungen aus dem Stammkapital .....	71
1. Pflicht zur Erhaltung des Stammkapitals .....	71
a) Verdeckte Gewinnausschüttungen .....	72
b) Eigenkapitalersetzende Gesellschafterdarlehen .....	73
c) Der gegenstandsbezogene Vermögensschutz .....	73
2. Haftungsfolgen bei Pflichtverletzungen .....	75
a) Schadensersatzhaftung bei Herbeiführen einer Unterbilanz .....	75
b) Schadensersatzhaftung bei existenzgefährdendem Eingriff .....	76
VII. Erwerb eigener Geschäftsanteile .....	76
1. Verbot des Erwerbs eigener Geschäftsanteile .....	76
2. Rechtsfolgen des verbotswidrigen Erwerbs eigener Geschäftsanteile .....	76
VIII. Haftungsrisiken bei Doppelmandaten .....	77
1. Doppelmandate und Wettbewerbsverbot .....	78
2. Verhaltenspflichten bei Interessenkollisionen .....	78
a) Keine generellen Mitentscheidungsverbote bei Interessenkonflikten .....	79
b) Stimmrechtsausschluss in der Gesellschafterversammlung ..	79
aa) Stimmrechtsausschluss bei Vertragsschlüssen .....	79
bb) Stimmrechtsausschluss bei Entlastungsbeschlüssen .....	80
cc) Kein Stimmrechtsausschluss bei Geschäftsführerbestellung .....	81
c) Rechtsfolgen der unzulässigen Stimmrechtsausübung .....	81
3. Verschwiegenheitspflicht und Informationspflicht .....	82
D. Kommanditgesellschaft auf Aktien .....	82
I. Die traditionelle Grundform der KGaA .....	82
1. Der Maßstab der Sorgfaltspflichten .....	83
2. Haftungsmaßstab der persönlich haftenden Gesellschafter .....	83
II. Die Kapitalgesellschaft & Co. KGaA .....	83
E. Grundlagenentscheidung und Holzmüller-Rechtsprechung .....	84
I. Die aktienrechtliche Holzmüller-Rechtsprechung .....	85
1. Die Voraussetzungen einer ungeschriebenen Hauptversammlungszuständigkeit .....	85
2. Pflichten des Vorstands nach der Holzmüller-Doktrin .....	86
II. Grundlagengeschäfte nach dem GmbH-Recht .....	86
1. Bindung an den Unternehmensgegenstand .....	87
2. Grundsätze der Geschäftspolitik .....	87
3. Außergewöhnliche Maßnahmen .....	87

<b>F. Führung und Steuerung konzernangehöriger Gesellschaften .....</b>	<b>89</b>
I. Handelsregisterpflichten und sonstige Meldepflichten .....	89
1. Handelsregisterpflichten beim Eingehen einer konzernrechtlichen Verbindung .....	89
2. Meldepflichten bei Aktienerwerb an einer Gesellschaft .....	89
a) Gesellschaftsrechtliche Meldepflichten bei Kontrollerwerb .....	89
aa) Erwerb einer Schachtelbeteiligung .....	90
bb) Erwerb einer Schachtelbeteiligung ohne Zurechnung .....	90
cc) Erwerb einer Mehrheitsbeteiligung .....	90
dd) Wegfall mitteilungspflichtiger Beteiligungen .....	91
ee) Bekanntmachung der Beteiligungsverhältnisse .....	91
ff) Haftungsrisiken für die Organe des meldepflichtigen Unternehmens .....	91
gg) Haftungsrisiken für den Vorstand des Zielunternehmens .....	93
b) Kapitalmarktrechtliche Meldepflichten .....	93
aa) Kapitalmarktrechtliche Meldepflichten beim Erwerb von Anteilen .....	93
bb) Kapitalmarktrechtliche Meldepflichten bei Kontrollerwerb .....	95
cc) Kapitalmarktrechtliche Meldepflichten bei Finanzinstrumenten .....	96
II. Konzernrechnungslegung und Berichtspflichten .....	96
1. Konsolidierung der Bilanzen .....	96
2. Berichtspflichten im Rechnungslegungswesen .....	96
a) Berichtspflichten gegenüber dem Aufsichtsrat des Mutterunternehmens .....	97
b) Pflicht zur Erstellung des Abhängigkeitsberichts nach §§ 312–316 AktG .....	97
III. Haftung für fehlerhafte Konzernleitungsmaßnahmen .....	98
1. Pflichten und Haftungsfolgen im Vertragskonzern .....	98
a) Pflichten und Haftung des Leitungsorgans des herrschenden Unternehmens .....	98
b) Pflichten und Haftung des Leitungsorgans des abhängigen Unternehmens .....	100
2. Pflichten und Haftungsfolgen im faktischen Konzern .....	102
a) Pflichten und Haftung des Leitungsorgans des herrschenden Unternehmens .....	102
aa) Pflichten gegenüber einer abhängigen Aktiengesellschaft .....	102
bb) Pflichten gegenüber einer abhängigen GmbH .....	104
b) Pflichten und Haftung des Leitungsorgans des abhängigen Unternehmens .....	105
aa) Verhaltenspflichten des Vorstands einer abhängigen Aktiengesellschaft .....	105
bb) Verhaltenspflichten der Geschäftsführer einer abhängigen GmbH .....	107
G. Besonderheiten mehrgliedriger Leitungsorgane .....	108
I. Mehrgliedrige Leitungsorgane bei der Aktiengesellschaft .....	108
1. Grundsatz der Gesamtgeschäftsführung (§ 77 Abs. 1 S. 1 AktG) .....	108
2. Willensbildung durch Mehrheitsbeschluss .....	109

3. Funktions-, sparten- oder regionenbezogene Kompetenzaufteilung .....	109
II. Mehrgliedrige Leitungsorgane von Gesellschaften mit beschränkter Haftung .....	111
§ 3. Business Judgment Rule .....	113
A. Überblick und Entwicklung .....	114
I. Rechtsprechung .....	116
II. Gesetzgebung .....	118
B. Ausprägungen .....	121
I. Allgemein .....	121
II. Einzelfallbetrachtung? .....	122
III. Informationspflicht/Überwachung .....	123
IV. Verletzung von Normen und Aufsichtsvorgaben .....	124
1. Gesetzesverletzung .....	124
2. Verletzung der Satzung .....	128
3. Behördliche Vorgaben .....	129
V. Besonderheiten im Banksektor .....	129
1. Kreditgeschäft .....	130
2. Anlagegeschäft .....	133
3. Verletzung des Bankgeheimnisses .....	133
VI. Sonstige Fälle .....	133
C. Innerorganschaftliche Verantwortungsteilung .....	135
D. Entlastung .....	136
E. Persönliche Eignung der Organmitglieder .....	137
§ 4. Geschäftschancenlehre und Interessenkonflikt .....	139
A. Überblick und Entwicklung .....	140
B. Geschäftschancenlehre .....	141
I. Ursprung: Wettbewerbsverbote .....	141
II. Sonderfall: Geschäftschancen .....	142
III. Geschützte Geschäftschancen .....	142
IV. Einzelfälle .....	145
V. Befreiung vom Verbot der Wahrnehmung von Erwerbschancen .....	147
VI. Rechtsfolgen .....	148
VII. Adressaten .....	149
§ 5. Wissenszurechnung und Informationsmanagement .....	153
A. Wissenszurechnung als Risiko im Unternehmen .....	154
I. Die Zurechnung .....	154
II. Compliance-Risiko, Haftungsrelevanz .....	155
III. Leitgedanken der Rechtsprechung .....	156
B. Wissen und Zurechnung .....	157
I. Organmitglieder .....	157
1. Grundprinzip .....	157
2. Konsequenzen .....	159
II. Mitarbeiter .....	159
1. Ältere Rechtsprechung .....	159
2. Neuere Rechtsprechung .....	160
III. Konzern .....	161
IV. Einsatz von KI/automatisierten Systemen .....	161
C. „Pflicht“ zur Wissensorganisation .....	163
I. Überblick .....	163
II. Informationsweiterleitungspflicht .....	164
1. Grundprinzip .....	164
2. Umgang mit privat erlangtem Wissen .....	165

3. Ausgestaltung der Weiterleitungspflicht .....	166
4. Speziell: Informationsweiterleitung bei Einsatz von KI-Systemen .....	166
III. Informationsabfragepflicht .....	167
1. Grundprinzip .....	167
2. Grenzen der Abfragepflicht .....	167
3. Überobligatorisches Informationsmanagement .....	168
4. Pflichten bei Mitarbeiter-/Organmitgliederwechsel .....	168
5. Speicherungsanforderungen .....	169
6. Speziell: Informationsabfrage bei Einsatz von KI-Systemen .....	169
IV. Informationsspeicherungspflicht .....	169
1. Grundprinzip .....	169
2. Umgang mit privat erlangtem Wissen .....	171
3. Speicherungsdauer .....	171
4. Speziell: Informationsspeicherung bei Einsatz von KI-Systemen .....	172
V. Konsequenzen der Organisationspflichten .....	172
1. Konsequenzen in Bezug auf den Vorstand/die Geschäftsführung .....	172
2. Konsequenzen in Bezug auf den Aufsichtsrat .....	172
D. Grenzen der Wissenszurechnung und des Informationsmanagements .....	173
I. Grundprinzip .....	173
II. Verschwiegenheits- bzw. Geheimhaltungspflicht .....	173
III. Vertraulichkeitsbereiche .....	174
E. Wissenszurechnung bei EU-Rechtsakten .....	175
F. Möglichkeit der Freizeichnung von der Wissenszurechnung? .....	175
G. Fazit .....	176
§ 6. Strafrechtliche und zivilrechtliche Aufsichtspflicht .....	177
A. Einführung .....	178
B. Aufsichtspflichten aus dem Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht .....	179
I. Einführung .....	179
II. Strafrechtliche Aufsichtspflichten .....	179
1. Strafrechtliche Verkehrssicherungspflichten .....	179
2. Herrschaft über eine Gefahrenquelle .....	180
3. Geschäftsherrenhaftung .....	180
4. Aufsichtspflichten bei Delegation .....	181
a) Horizontale Delegation .....	181
b) Vertikale Delegation .....	181
5. Aufsichtspflichten betrieblich Beauftragter .....	182
III. Aufsichtspflichten nach § 130 OWiG .....	182
1. Aufsichtspflichtverletzung nach §§ 130, 30 OWiG .....	182
2. Pflichtverstoß als Straftat oder Ordnungswidrigkeit .....	183
3. Normadressaten der §§ 130, 30 OWiG .....	183
a) Betriebsinhaber (§ 130 OWiG, § 9 Abs. 1 OWiG, § 14 Abs. 1 StGB) .....	184
b) Betriebsleiter (§ 9 Abs. 2 Nr. 1 OWiG, (14 Abs. 2 Nr. 1 StGB) .....	184
c) Sonstige Beauftragte (§ 9 Abs. 2 Nr. 2 OWiG, § 14 Abs. 2 Nr. 2 StGB) .....	185
d) Mitglieder von Kontrollorganen (§ 30 Abs. 1 Nr. 5 OWiG) .....	185
4. Verhältnis der Aufsichtspflichten .....	185
5. Aufsichtspflichten im Konzern .....	186

6. Umfang der Aufsichtspflicht .....	186
a) Organisationspflichten .....	187
b) Auswahlpflichten .....	188
c) Instruktionspflichten .....	188
d) Überwachungspflichten .....	188
e) Sanktionspflichten .....	190
7. Organisatorische Vorkehrungen zur Aufsicht .....	190
8. Unternehmensgeldbuße .....	191
C. Zivil- und haftungsrechtliche Aspekte der Aufsicht .....	192
I. Verhältnis §§ 130, 30 OWiG zu § 93 AktG, § 64 GmbHG .....	192
II. Leitungspflicht .....	192
III. Risikofrüherkennungssystem .....	193
IV. Kontroll- und Überwachungspflichten .....	193
V. Legalitätspflicht und Pflicht zur Compliance .....	194
VI. Sonstige haftungsrechtliche Aspekte .....	195
§ 7. Börsennotierte Aktiengesellschaft und Kapitalmarkt-Compliance .....	199
A. Einführung .....	200
B. Börsengang – Voraussetzungen für eine Börsennotierung .....	202
I. Zulassung und Einbeziehung .....	202
II. Prospekt .....	204
III. Einbeziehung .....	204
IV. Einführung .....	205
C. Kapitalmarktrechtliche Folgepflichten der Börsennotierung .....	205
I. Übersicht, Systematik .....	205
II. Im Einzelnen .....	206
1. Insiderverbote .....	206
a) Anwendungsbereich MAR (Insiderpapiere) .....	206
b) Insiderinformation .....	207
c) Insidergeschäfte und Insiderhandlungen .....	209
2. Insiderlisten .....	211
3. Ad-hoc-Publizität .....	212
a) Voraussetzungen der Ad-hoc-Pflicht .....	212
b) Aufschub nach Art. 17 Abs. 4 MAR .....	215
c) Ad-hoc-Meldung .....	215
4. Managers' Transactions .....	216
5. Verbot der Marktmanipulation, Art. 15 MAR .....	218
6. Stimmrechtsmitteilungspflichten .....	220
7. Finanzberichterstattung nach dem WpHG .....	222
8. Sanktionen .....	223
a) Sanktionsstruktur im Marktmisbrauchsrecht .....	223
b) Marktmanipulation .....	223
c) Insiderverbot .....	223
d) Verstoß gegen Ad-hoc-Publizität .....	223
e) Eigengeschäft von Führungskräften .....	224
f) Verstoß gegen die Pflicht zur Meldung von Eigengeschäften (§ 120 Abs. 15 Nr. 17 WpHG) .....	224
g) Fehlerhafte Veröffentlichung von gemeldeten Eigengeschäften (§ 120 Abs. 15 Nr. 18 WpHG) .....	224
h) Vornahme eines Eigengeschäfts während einer closed period (§ 120 Abs. 15 Nr. 22 WpHG) .....	224
i) Stimmrechtsmitteilungspflichten .....	224
j) Veröffentlichungspflichten .....	224

D. Aktienrechtliche Folgepflichten der Börsennotierung .....	225
I. Übersicht, Systematik .....	225
II. Im Einzelnen .....	225
1. Corporate Governance Kodex (§ 161 AktG) .....	226
2. Vergütungsstruktur der Vorstandsmitglieder (§ 87 Abs. 1 AktG) .....	226
3. Geschäfte mit nahestehenden Personen, §§ 111a ff. AktG .....	226
4. Risikofrüherkennungssystem und Abschlussprüfung .....	226
5. Geschlechterquoten und Zielgrößen .....	227
6. Sonstige Auswirkungen der Börsennotierung .....	227
§ 8. Arbeitsrechtliche Implementierung und Durchsetzung von Compliance-Systemen und Ethikregeln im Unternehmen .....	229
A. Bedeutung des Arbeitsrechts für Compliance .....	230
B. Compliance- und Ethikregeln als Inhalt des Arbeitsverhältnisses .....	232
I. Grundlagen – arbeitgeberseitiges Weisungsrecht und Grenzen .....	233
1. Tätigkeitsbezogene Weisungen zu Compliance .....	234
2. Konkretisierbare Nebenpflichten der Arbeitnehmer .....	234
3. Grenze: Billiges Ermessen .....	235
a) Persönlichkeitsrecht/Grundrechte .....	236
b) Grenze: Außerdienstliches Verhalten .....	236
c) Sonderfall: Tendenzschutz .....	237
d) Ausgewählte problematische Regelungen .....	238
4. Änderung und Ablösung .....	243
II. Grundlagen – Arbeitsvertragliche Vereinbarungen und Grenzen .....	243
1. Einführung durch Vereinbarung und Änderungskündigung .....	243
2. Grundlagen der Inhaltskontrolle – Angemessenheit und Transparenz .....	245
a) Persönlichkeitsrecht und Grundrechte .....	245
b) Rechte Dritter (Familienangehörige) .....	246
c) Sonderfall: Tendenzschutz .....	246
3. Änderung und Ablösung .....	247
4. Strategische Überlegungen .....	248
III. Grundlagen – Abschluss und Ablösung einer Betriebsvereinbarung .....	248
IV. Grundlagen – Implementierung durch Tarifverträge .....	251
C. Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats bei der Implementierung .....	251
I. Grundlagen – Mitbestimmungstatbestände .....	252
1. Ordnungsverhalten im Betrieb (§ 87 Abs. 1 Nr. 1 BetrVG) .....	253
2. Technische Einrichtungen (§ 87 Abs. 1 Nr. 6 BetrVG) .....	255
3. Personalfragebogen (§ 94 BetrVG) .....	256
4. Einstellungsauswahlrichtlinien (§ 95 BetrVG) .....	257
II. Sonderfall: Tendenzunternehmen (§ 118 BetrVG) .....	258
D. Strategien bei der Gestaltung .....	259
E. Feststellung und Aufklärung von Compliance- und Ethikverstößen .....	260
I. Grundlagen der arbeitsrechtlichen Einzelfallkontrolle .....	260
II. Unternehmensinterne Investigations .....	260
1. Auswertung dienstlicher Daten .....	261
2. Auswertung privater Daten .....	262
3. Befragungen von Arbeitnehmern .....	263
4. Amnestieregelungen .....	264
5. Sonderproblem: Datenschutzrechtlicher Auskunftsanspruch nach Art. 15 DS-GVO .....	265

6. Sonderproblem: Strafprozessuale Beschlagnahmungen und civilprozessuale Verwertungsverbote .....	265
7. Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats .....	266
F. Arbeitsrechtliche Maßnahmen bei Verletzungen von Compliance- und Ethikregeln .....	266
I. Grundlagen arbeitsrechtlicher Maßnahmen .....	267
II. Reaktion gegenüber Hinweisgebern (Whistleblowern) .....	268
§ 9. Versicherungslösungen .....	273
A. Einleitung .....	274
B. Manager-Haftpflichtversicherung (D&O-Versicherung) .....	275
I. Vorbemerkungen .....	275
II. Einzelne Versicherungsbedingungen .....	277
1. Anspruchserhebungsprinzip (Claims-Made) .....	278
2. Nachhaftung .....	281
3. Insolvenz .....	283
4. Kosten der Rechtsverteidigung .....	283
5. Vorsatzausschluss .....	285
6. Ausschluss Common-Law-Länder .....	286
7. Direktanspruch .....	287
III. Zusammenfassung .....	288
C. Vertrauensschadenversicherung (VSV) .....	288
I. Vorbemerkungen .....	288
II. Versicherungsschutz durch die VSV .....	289
1. Einteilung in Vertrauenspersonen und Dritte .....	290
a) Versicherbare Schäden durch Vertrauenspersonen .....	291
b) Versicherbare Schäden durch Dritte .....	293
2. Versicherbare Aufwendungen .....	295
3. Bestimmungen in zeitlicher Hinsicht .....	296
III. Ausschlüsse .....	298
IV. Obliegenheiten .....	301
V. Fazit .....	302
D. Betriebshaftpflichtversicherung, Betriebsunterbrechungsversicherung .....	303
§ 10. Compliance – Internationale rechtliche Rahmenbedingungen .....	305
A. Einleitung .....	306
B. Meilensteine auf dem Weg zur modernen Compliance .....	306
I. Entstehungsprozess .....	306
II. Die Entwicklung moderner Compliance Management Systeme ..	309
III. Die Bedeutung der Korruptionsbekämpfung für die Entwicklung von Corporate Compliance .....	310
1. Die erste Phase der Normbildung von den 70'ern bis Mitte der 90'er Jahre .....	312
2. Die zweite Phase der Normbildung, ab 1990 .....	312
a) Entstehung internationaler Übereinkommen (Mitte der 90'er Jahre bis ca. 2003) .....	312
b) (Inter-)Nationale Adaption (ab den 2000'er Jahren) .....	315
IV. Verallgemeinerung organisatorischen Vorgaben .....	319
C. Zusammenfassung .....	320
<b>2. Abschnitt. Grundelemente eines Compliance-Systems .....</b>	323
<b>1. Kapitel. Compliance-Ziele und Compliance Organisation .....</b>	323
§ 11. Compliance-Ziele .....	323
A. Einführung .....	324

B. Welches Ziel soll mit der Einrichtung eines Compliance-Management-Systems verfolgt werden? Warum legen Unternehmen Compliance-Ziele fest? .....	324
I. Compliance-Vorfälle als Auslöser für Compliance-Aktivität .....	324
II. Verpflichtung börsennotierter Unternehmen zu Compliance .....	325
III. Compliance als Anforderung von Geschäftspartnern .....	325
IV. Verbesserung des öffentlichen Ansehens .....	326
V. Haftungs- und Strafvermeidung .....	327
VI. Gravierende Sanktionen .....	327
C. Festlegung der Compliance-Ziele .....	328
I. Auf der Grundlage der von den gesetzlichen Vertreterinnen und Vertretern festgelegten „Ziele“ (Unternehmensziele) .....	328
1. Satzung .....	328
2. Strategie/Visionen .....	330
3. Werte, Leitbilder, Gespräche .....	330
II. Compliance-Ziele und Risikoanalyse .....	330
III. Festlegung der Compliance-Ziele auf Basis der Unternehmensziele .....	331
D. Einbindung der Compliance-Ziele in die Geschäftsprozesse .....	331
E. Compliance-Ziele erreicht? Prüfung durch Kontrolle .....	332
I. Interne Kontrolle .....	332
II. Externe Kontrolle .....	334
F. Ausblick .....	334
§ 12. Compliance-Beauftragten-System .....	335
A. Beauftragte als Compliance-Instrument .....	337
I. Gesetzliche Beauftragte .....	337
II. Compliance-Beauftragte .....	338
B. Elemente des Beauftragten-Systems .....	339
I. Erste Ebene: Geschäftsleitung .....	339
1. Organisationsermessen der Geschäftsleitung .....	340
2. Dreistufiges Beauftragten-System .....	344
3. Praktische Umsetzung .....	344
II. Zweite Ebene: Zentraler Compliance-Beauftragter .....	346
1. Aufgaben des Compliance Officers .....	346
2. Objektive Tätigkeitsvoraussetzungen .....	349
3. Subjektive Tätigkeitsvoraussetzungen .....	350
III. Dritte Ebene: Dezentrale Compliance-Beauftragte .....	352
1. Aufbau des Beauftragten-Systems .....	352
2. Aufgaben der Compliance-Beauftragten .....	353
C. Zusammenarbeit mit anderen unternehmensinternen Funktionen .....	354
I. Risikomanagement .....	355
II. Interne Revision .....	356
III. Gesetzliche Beauftragte .....	356
D. Outsourcing von Compliance-Funktionen .....	357
I. Compliance-Verantwortung und Outsourcing .....	357
II. Partielles und vollständiges Outsourcing .....	357
E. Beauftragten-System im (internationalen) Konzern .....	358
I. Konzern-Compliance .....	358
1. Konzerndimension der Compliance .....	358
2. Instrumente der Konzern-Compliance .....	360
3. Compliance-Verantwortung in nachgeordneten Unternehmen .....	361

II. Auslands-Compliance .....	362
1. Nationale Vorgaben .....	362
2. Ausländische Vorgaben .....	362
3. Praktische Umsetzung .....	363
§ 13. Compliance Organisation .....	365
A. Einführung und aktienrechtliche Grundlagen .....	365
B. Anforderungen an ein angemessenes und wirksames CMS als Basis für die Aufbau- und Ablauforganisation .....	370
I. § 91 Abs. 3 AktG: Rechtsvorgaben und Orientierungsrahmen ..	371
II. Zielbilddefinition .....	372
C. Aufbauorganisation .....	373
I. Horizontale Delegation im Vorstand und inhaltlicher Geltungsbereich .....	373
II. Vertikale Delegation und Abgrenzung zu anderen Governance Funktionen .....	374
III. Organisationsmodelle .....	375
1. Organisation auf operativer Ebene (First Line) .....	376
2. Organisation der Compliance-Funktion (Second Line) .....	376
a) Konkrete Aufgaben der Compliance-Funktion .....	377
aa) Gestaltung und Steuerung des Compliance-Programms ..	377
bb) Identifizierung konkreter Compliance-Risiken .....	377
cc) Compliance-Beratung und Unterstützung der Implementierung im operativen Geschäft .....	378
b) Berücksichtigung regionaler/lokaler Besonderheiten .....	378
c) Auswirkungen steigender ESG Anforderungen auf Compliance .....	379
d) Spannungsfeld Compliance Officer und Datenschutzbeauftragter .....	380
e) Anforderungsprofil und Auswahlkriterien Chief Compliance Officer .....	381
aa) Anforderungen in persönlicher Hinsicht .....	381
bb) Anforderungen in fachlicher Hinsicht .....	381
f) Angemessene Ressourcenausstattung .....	382
g) Organisatorische Zuordnung von Compliance im Unternehmen: Rechtliche Vorgaben und Gestaltungsüberlegungen .....	382
D. Berichtswege und Weisungsrechte .....	384
E. Ablauforganisation .....	386
I. Compliance-Beratung .....	386
II. Compliance-Schulungen .....	387
III. Integration von Compliance in Geschäftsprozesse .....	388
IV. Zusammenarbeit mit anderen Fachfunktionen .....	389
1. Rechtsabteilung .....	390
2. Unternehmenskommunikation .....	390
3. Vertrieb .....	391
4. Einkauf .....	391
5. Controlling/Risk Management/Internes Kontrollsystem .....	392
6. Interne Revision .....	392
7. Human Resources .....	393
V. Investigations .....	394
F. Zusammenfassung und Ausblick .....	395

<b>2. Kapitel. Ethik und Compliance Kultur</b> .....	397
§ 14. Unternehmensethik – wenn der Unternehmenszweck als Beitrag für den gesellschaftlichen Fortschritt verstanden wird .....	397
A. Einleitung .....	399
B. Was ist Ethik im Unternehmenskontext und was ist es nicht .....	401
I. Grundlagen und Schnittstellen von Unternehmensethik .....	401
1. Die inhärente Rolle von Macht .....	401
2. Wirtschaftlicher Erfolg .....	402
3. Gesellschaftliche Verantwortung .....	402
4. Dynamisch und interdisziplinär .....	403
5. Generelle Ansätze von Moral .....	403
II. Mythen und typische Denkfälle in Bezug auf Unternehmensethik .....	404
1. Ethik hat in der Wirtschaft nichts zu suchen .....	404
2. Messbarkeit .....	405
3. Doing the right thing / doing what's right .....	405
4. Ethik bedeutet nicht Perfektionismus .....	406
5. Ethik ist eine neue Form der Kolonialisierung des Westens .....	407
6. Ethik ist das Gleiche wie Compliance .....	408
III. Unternehmensethik und ESG .....	410
C. Maßnahmen zu einer ernsthaften Umsetzung von Unternehmensethik .....	410
I. Institutionalisierung und Governance .....	411
II. Implementierungserfolg durch effektive Operationalisierung:	
Leading Practices und Erfolgsfaktoren .....	414
1. Einbettung in Kernelemente der Steuerung .....	415
2. Unternehmenskultur und Messbarkeit .....	416
3. Link zu Compliance Effectiveness .....	417
4. Unser Verständnis von Leadership .....	417
5. Speak-Up und eine Kultur des Zuhörens .....	418
III. Ausblick .....	419
§ 15. Compliance als wirtschaftsethische Praxis .....	421
A. Einführung .....	421
B. Theoriefragen der Compliance .....	422
I. Compliance in Ökonomik und Ökonomie .....	422
II. Wirtschaftsethik .....	423
III. Compliance in der Unternehmensstrategie .....	424
IV. Compliance und Märkte .....	425
C. Theoriefragen der Compliance .....	425
I. Starke Entscheidungen .....	425
II. Hybride Perspektiven und Überlegungsgleichgewichte .....	426
D. Haltungen und Werte: Compliance als hybride Entscheidungskultur .....	427
I. Persönliche Haltungen .....	427
II. Werte für das Unternehmen .....	428
E. Fazit .....	429
§ 16. Sustainable Corporate Governance .....	431
A. Einführung .....	432
B. Sustainable Corporate Governance .....	434
I. Herkömmliche Situation .....	435
II. Sustainable Corporate Governance – was ist neu? .....	435
III. Wer definiert Sustainable Corporate Governance? .....	437
IV. Wesentliche Steuerungsansätze .....	439
1. Soft Law und Codes of Conduct .....	439
2. ESG-Regulierung durch „non-state actors“ .....	440

3. Europäisches und nationales Hard Law .....	441
a) Europäische Union .....	441
b) Nationale Gesetzgebung .....	442
V. Herausforderungen .....	442
1. Abwehrgesetzgebung (Beispiel China) .....	442
2. Konfliktierende nationale Gesetze .....	443
3. Differierende Anforderungen in der Unternehmenspraxis und Lösungsstrategien .....	444
C. Deutscher Corporate Governance Kodex 2022 .....	447
D. Ausblick .....	449
§ 17. ESG – rechtliche und regulatorische Grundlagen .....	451
A. Einführung in die Begrifflichkeit .....	452
B. Aktuelle Rechtslandschaft und Trends im Bereich ESG .....	453
I. Europäische Union (EU) .....	454
1. Gegenwart .....	454
a) Nachhaltigkeit entlang der Lieferkette .....	454
b) Nachhaltigkeit von Investitionen .....	455
2. Ausblick .....	457
II. Deutschland .....	458
1. Deutscher Corporate Governance Kodex .....	458
2. Sanktionierung von Greenwashing .....	461
a) Greenwashing durch Werbung mit Nachhaltigkeitsbezug ..	461
b) Greenwashing durch Informationen zur nachhaltigen Kapitalanlage .....	462
c) Greenwashing durch Nachhaltigkeitsberichterstattung ..	464
III. Rechtsvergleich: Die US-amerikanische Börsenaufsicht SEC .....	465
C. ESG-Reporting-Standards .....	466
I. ESG-Standards und ihre Bedeutung für Unternehmen .....	466
II. Darstellung der aktuellen ESG-Standard-Landschaft .....	467
1. Wichtigste bestehende Standards .....	467
a) GRI-Standards .....	467
b) SASB-Standards .....	468
c) ESR-Standards .....	469
2. Ausblick .....	470
D. ESG-Ratingagenturen .....	471
I. ESG-Ratingagenturen und ihre Bedeutung für Unternehmen .....	471
II. Darstellung der aktuellen ESG-Rating-Landschaft .....	472
1. MSCI .....	472
2. Sustainalytics .....	472
§ 18. ESG-Integration im Unternehmen .....	473
A. Einleitung .....	473
I. Was ist ein ESG-Programm? .....	474
II. Module eines ESG-Programmes .....	475
III. Materialitätsanalyse und Handlungsfelder .....	476
1. Doppelte Materialität .....	477
2. Die Erwartungen der Stakeholder .....	477
3. Vorgehen bei einer Materialitätsanalyse .....	478
4. „Marketing-Argumente“ für eine gute Materialitätsanalyse ..	478
B. Wie managt man ein ESG-Programm? .....	479
I. Governance .....	479
II. Die erste Roadmap .....	479
1. Baseline/Ambitionen/Maßnahmen/KPIs .....	480
2. Beispiele: .....	480

3. Quantitative und qualitative KPIs .....	480
4. Der „Topic Owner“ .....	481
5. Inhalt der ersten Roadmap .....	481
III. Fortlaufende Entwicklung der materiellen Handlungsfelder .....	481
IV. Exkurs: Vorlauf der Ambitionen vs. Nachlauf der Kennzahlen .....	481
V. Datenerhebung .....	482
VI. ESG-Bericht .....	482
VII. ESG-Rating .....	483
VIII. ESG-Dashboard/ESG-Controlling .....	484
C. Fazit und Ausblick .....	484
<b>3. Kapitel. Compliance Risikomanagement .....</b>	<b>487</b>
<b>Allgemeiner Teil .....</b>	<b>487</b>
§ 19. Unternehmensrisiken und Risikomanagement .....	487
A. Einleitung .....	487
B. Enterprise Risk Management .....	488
I. Organisation, Gremien und Aufgaben .....	488
II. Zeitlicher Ablauf im Geschäftsjahr .....	491
III. Enterprise Risk Management Prozess .....	492
1. Rollen im Enterprise Risk Management Prozess .....	492
2. Ablauf eines Risiko Workshops .....	494
3. Vorbereitung des Risiko Workshops .....	496
4. Durchführung des Risiko Workshops .....	499
5. Risikoanalyse .....	503
6. Risikobewertung .....	507
7. Risikobehandlung .....	508
8. Überwachung und Überprüfung .....	511
IV. IT-System im Risikomanagement .....	514
V. Konsolidierung der Ergebnisse auf Unternehmensebene .....	515
VI. Berichterstattung .....	517
C. Fazit .....	517
§ 20. Risikomanagement durch Controlling .....	519
A. Einleitung .....	520
B. Controlling als Instrument der Unternehmenssteuerung .....	523
I. Definition Unternehmenssteuerung und Controlling .....	523
II. Wesentliche Controllingfunktionen .....	524
1. Definition des Controllings .....	524
2. Koordination .....	524
3. Informationsversorgung .....	525
4. Planung und Kontrolle .....	525
III. Reichweite des Controllings .....	527
1. Controlling als Instrument der Unternehmensführung .....	527
2. Operatives Controlling .....	527
3. Strategisches Controlling .....	528
C. Risikomanagement als Bestandteil der Unternehmenssteuerung .....	530
I. Risikomanagement als Herausforderung für Unternehmen .....	530
II. Definition von Risiko und Risikomanagement .....	530
III. Einbindung des Risikomanagements in die Unternehmenssteuerung .....	531
D. Zusammenführung von Risikomanagement und Controlling .....	532
I. Integration des Risikomanagements in die Controllingfunktionen .....	532
1. Risikomanagement und Controlling .....	532

2. Risikomanagement und Planung .....	533
3. Risikomanagement und Reporting .....	533
II. Integration des Risikomanagements in die Controllingausgestaltung .....	534
E. Fazit .....	536
§ 21. Compliance in M&A-Transaktionen .....	537
A. Einleitung .....	539
B. Die Vorbereitungsphase einer M&A-Transaktion .....	540
I. Die Perspektive des Verkäufers .....	540
1. Informationsbeschaffung im Vorfeld .....	540
2. Festlegung der Transaktionsstruktur .....	541
3. Gremienvorbehalte .....	542
4. Die Auswahl und Beauftragung von Beratern .....	542
5. Vertraulichkeit und Insiderrecht .....	543
6. Dokumentation der vorvertraglichen Phase .....	543
II. Die Perspektive des Käufers .....	544
1. Informationsbeschaffung im Vorfeld .....	544
2. Unternehmensbewertung und Transaktionsstrukturierung .....	544
3. Gremienzustimmungen .....	545
4. Die Auswahl und Beauftragung von Beratern; Informationsfluss .....	545
5. Vertraulichkeit und Insiderrecht .....	545
C. Due Diligence-Phase .....	546
I. Die Perspektive des Verkäufers .....	546
1. Die Bedeutung der Due Diligence für den Verkäufer .....	546
2. Die gesellschaftsrechtliche Zulässigkeit der Due Diligence .....	547
3. Inhaltliche Beschränkungen einer Due Diligence .....	548
a) Kartellrechtliche Beschränkungen .....	548
b) Beschränkungen durch das Datenschutzrecht .....	549
c) Vertragliche Einschränkungen der Offenlegung .....	550
d) Die Festlegung der Offenlegungsmodalitäten .....	551
4. Die Durchführung der Due Diligence .....	551
II. Die Perspektive des Käufers .....	551
1. Die Bedeutung der Due Diligence für den Käufer .....	551
2. Due Diligence Anforderungslisten .....	552
a) Entscheidung über die Erstreckung der Due Diligence auf Compliance-Aspekte .....	552
b) Umfang der Compliance-Due Diligence .....	553
3. Die Durchführung der Due Diligence .....	554
D. Die Vertragsverhandlungen .....	554
I. Auswirkungen von Compliance-Risiken auf die Transaktionsstruktur .....	555
1. Haftungsrisiken für den Erwerber im Fall eines Share Deals .....	555
2. Haftungsrisiken für den Erwerber im Fall eines Asset Deals .....	555
II. Allokation von Compliance-Risiken im Kaufvertrag .....	556
1. Die Kaufpreisberechnung .....	556
2. Vollzugsvoraussetzungen .....	557
3. Garantieklauseln mit Compliance-Bezug .....	558
4. Freistellung von Compliance-Risiken .....	559
E. Post Merger Aspekte .....	559
I. Integration der Compliance-Organisation .....	559
II. Verfolgen von identifizierten Compliance-Risiken .....	560

<b>F. Neue Entwicklungen: Bedeutung von ESG für M&amp;A-Transaktionen am Beispiel des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes</b> .....	560
I. Überblick über das LkSG .....	561
1. Anwendungsbereich .....	561
2. Sorgfaltspflichten .....	561
3. Schutzgüter des LkSG .....	561
4. Folgen von Verstößen .....	562
II. Gegenstand der Due Diligence .....	563
III. Auswirkungen auf die Vertragsgestaltung .....	563
1. Garantien .....	563
2. Freistellungen .....	563
3. Pre-Closing-Covenants / Closing Conditions .....	564
IV. Auswirkungen auf die Post Merger Integration .....	564
<b>§ 22. Third Party Compliance</b> .....	565
A. Einleitung und Begriffsbestimmung .....	566
B. Rechtspflichten zu Third Party Compliance .....	569
I. Recht der Bundesrepublik Deutschland .....	569
1. Geldwäschegesetz .....	569
2. Außenwirtschaftsrecht .....	571
3. Das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz .....	572
4. Datenschutzrecht .....	574
5. Die „allgemeine“ Aufsichtspflicht nach § 130 OWiG .....	575
6. Strafrechtliche Garantenpflichten .....	577
7. Gesellschaftsrechtliche Pflichten .....	578
II. UK Bribery Act .....	579
III. FCPA .....	580
IV. Zusammenfassung .....	581
C. Maßnahmen der Third Party Compliance .....	582
I. Veröffentlichte Empfehlungen zu Third Party Compliance .....	582
II. Erstellung eines Risikoprofils .....	583
1. Anforderungen des eigenen Unternehmens .....	583
2. Risikoindikatoren auf Seiten des Geschäftspartners .....	584
III. Elemente der Geschäftspartnerprüfung .....	586
1. Ausnahme: keine Geschäftspartnerprüfung .....	587
2. Beispielhafte Elemente einer Geschäftspartnerprüfung im Standardumfang .....	587
3. Beispielhafte Elemente einer intensiven Geschäftspartnerprüfung .....	588
IV. Risiko- und Verhaltenssteuerung .....	590
1. Vertragsgestaltung .....	590
2. Weitere Maßnahmen .....	591
<b>Besonderer Teil</b> .....	593
<b>§ 23. Korruptionsbekämpfung</b> .....	593
A. Einführung .....	595
B. Überblick über die Korruptionsdelikte und deren Entwicklung .....	596
C. Entwicklung auf internationaler Ebene .....	598
D. Versagung des Betriebsausgabenabzuges .....	600
E. Strafbares Handeln im Einzelnen .....	600
I. Wettbewerbswidrige Absprachen .....	600
II. Bestechungsdelikte im geschäftlichen Verkehr .....	601
1. Geschäftlicher Verkehr .....	602
2. Angestelltenbestechung .....	603

3. Beauftragte .....	603
4. Vorteil .....	604
5. Gegenleistung/Unrechtsvereinbarung .....	605
6. Unlautere Bevorzugung .....	606
III. Korruption im Gesundheitswesen .....	606
IV. Straftaten im Amt/Korruptionsdelikte gem. §§ 331 ff. StGB .....	606
V. Abgeordnetenbestechung (§ 108e StGB) .....	608
VI. Korruption im internationalen Geschäftsverkehr .....	610
1. EU-Bestechungsgesetz .....	610
2. Das Gesetz zur Bekämpfung internationaler Bestechung .....	611
3. Der Foreign Corrupt Practices Act (FCPA) und UK Bribery Act (UKBA) .....	614
F. Steuerstrafrechtliche Delikte .....	616
G. Untreue .....	617
H. Geldwäsche .....	617
I. Folgen von Korruption .....	618
I. Bebußung des Unternehmens .....	618
II. Gewinnabschöpfung .....	622
III. Eintragungen nach der GewO und Gewerbeentzug .....	628
IV. Berufsverbot (§§ 61 Nr. 6, 70 StGB) .....	629
V. Ausschluss vom Amt der Geschäftsführung und des Vorstandes ..	629
VI. Ausschluss von öffentlichen Aufträgen/Korruptionsregister .....	630
VII. Zivilrechtliche Folgen .....	633
J. Präventivmaßnahmen im Unternehmen und zum Schutz des Unternehmens .....	637
I. Notwendigkeit von Compliance .....	637
II. Maßnahmen zur Vermeidung von Korruptionsdelikten .....	640
K. Zusammenfassung .....	641
§ 24. Kartellrecht .....	643
A. Einführung .....	644
B. Kartellrechtliche Vorgaben .....	644
I. Überblick über die Kartellrechtstatbestände .....	644
1. Anwendbares Recht: Deutschland, EU, weltweit .....	645
2. Kartellverbot (wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen und abgestimmte Verhaltensweisen) .....	646
3. Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung .....	650
4. Rechtsfolgen .....	654
II. Verantwortlichkeit für Kartellrechtsverstöße und Compliance-Defence .....	655
1. Europäisches Recht .....	655
2. Deutsches Recht .....	656
III. Aufdeckungsrisiko und Kronzeugenregelung .....	657
IV. Verfahren der Behörden, einschließlich Nachprüfungen (Dawn Raids) .....	657
1. Europäische Kommission .....	657
2. Bundeskartellamt .....	659
C. Kartellrechtliche Compliance-Maßnahmen .....	660
I. Compliance-Kultur .....	661
II. Compliance-Organisation .....	661
III. Risikoanalyse .....	662
IV. Regelwerk .....	663
1. Horizontale Absprachen und abgestimmte Verhaltensweisen ..	663
2. Verbandsaktivitäten .....	664

3. Vertikale Beziehungen .....	665
4. Marktbeherrschende Stellung .....	665
5. Handlungsanweisungen für Durchsuchungen .....	665
V. Beratung .....	666
VI. Schulungen .....	666
VII. Überwachung und Aufdeckung .....	667
1. Anlassbezogene Prüfungen .....	668
a) Hinweismanagement .....	668
b) Interviews .....	669
c) Datenschutz .....	669
d) Abschluss .....	670
e) Stellung eines Kronzeugenantrags .....	671
2. Nicht anlassbezogene Prüfungen (Audits) .....	672
a) Vorbereitung .....	672
b) Mock Dawn Raids .....	673
c) Prüfungsinhalte und -ablauf .....	674
d) Abschluss .....	674
VIII. Fortlaufende Weiterentwicklung .....	674
D. Zusammenfassung .....	675
§ 25. Tax Compliance .....	677
A. Einführung .....	678
B. Tax Compliance .....	679
I. Begriff „Tax Compliance“ .....	679
1. Inhaltsbestimmung .....	679
2. Abgrenzung zum Tax Risk Management .....	681
3. Abgrenzung zur Steueroptimierung .....	682
II. Funktionen von Tax Compliance-Management-Systemen .....	682
III. Steuerrechtliche Determinanten für Tax Compliance .....	683
1. Allgemeine steuerrechtliche Anforderungen .....	683
2. Spezifische Anforderungen besonderer Steuerarten und Steuerthemen .....	686
a) Umsatzsteuer .....	686
b) Lohnsteuer/Sozialabgaben .....	688
c) Erbschaft und Schenkungsteuer .....	689
d) Grunderwerbsteuer .....	690
e) Verrechnungspreise und Beziehungen zu nahestehenden Personen .....	692
f) Internationale Entwicklungen und weitere Meldepflichten .....	694
g) Spenden und Sponsoring .....	696
h) Finanzverwaltungs- und Gerichtsverfahren .....	698
aa) Vorgehensweise bei Betriebsprüfungen .....	698
bb) Vorgehensweise bei Rechtsbehelfsverfahren .....	700
i) Selbstanzeige und Steuerfahndung .....	701
aa) Selbstanzeige .....	701
bb) Steuerfahndung .....	702
IV. Ausgestaltung eines Tax Compliance-Management-Systems .....	702
1. Tax Compliance-Kultur .....	706
2. Tax Compliance-Ziele .....	706
3. Tax Compliance-Risiken .....	706
4. Tax Compliance-Programm .....	707
5. Tax Compliance-Organisation .....	707
6. Tax Compliance-Kommunikation .....	708
7. Tax Compliance-Überwachung und -Verbesserung .....	708

C. Tax Operating Manual .....	708
I. Tax Operating Manual als zentraler Baustein eines Tax Compliance-Management-Systems .....	708
II. Richtlinien .....	709
1. Konzernsteuerrahmenrichtlinie .....	709
2. Bereichsrichtlinie .....	709
3. Richtlinie Informationsbedarf .....	709
4. Richtlinie Steuerberechnung und Steuererklärung (Ertragsteuern) .....	710
5. Fristenrichtlinie .....	710
6. Richtlinie Tax Risk Management .....	711
7. Richtlinie zur steuerlichen Verteidigung .....	712
D. Fazit .....	712
§ 26. Compliance im Außenwirtschaftsrecht .....	715
A. Rechtsgrundlagen und Rechtspflicht zur Compliance im Außenwirtschaftsrecht .....	716
I. Rechtsgrundlagen .....	717
II. Rechtspflicht zur Exportkontroll-Compliance-Organisation .....	719
B. Ziele, Umfang und Instrumente einer Exportkontroll-Compliance- Organisation .....	722
I. Ziele .....	722
II. Umfang .....	722
1. Ausführer .....	723
a) Ausfuhr und Verbringung .....	723
b) Ausführererbegriff .....	723
2. Ausfuhrsgut .....	724
a) Güterbegriff .....	724
b) Kriegswaffen .....	725
c) Rüstungsgüter .....	725
d) Dual-Use-Güter .....	725
e) Zivile Güter und Verwendungsprüfung .....	726
f) Embargobezogene Güterlisten .....	726
g) Ausfuhrunabhängige Kontrollen .....	729
3. Empfängerprüfung .....	730
a) Sanktionslisten der EU .....	730
b) Frühwarnlisten der Bundesregierung .....	732
c) US-Sanktionslisten .....	732
aa) US-Listen .....	733
bb) Denied Persons List (DPL) – Entzug der Exportprivilegien .....	734
cc) Entity List .....	734
dd) Specially Designated Nationals List (SDN List) .....	735
ee) Foreign Sanctions Evaders List und Executive Order 13608 .....	736
ff) Unverified List .....	736
gg) Debarment List .....	736
hh) General Order 3 zu § 736 EAR .....	737
ii) Sectoral Sanctions Identifications List .....	737
jj) Fazit .....	737
4. Verwendungsprüfung (inkl. Käufer- oder Bestimmungsland) .....	737
a) Länderbezug bei catch-all Regeln .....	739
b) Verwendungsprüfung und Kenntnis im Unternehmen .....	739
III. Instrumente .....	739

IV. Individualisierung der Verantwortung, Delegation, Beauftragte .....	740
1. Verantwortliche Personen in der Exportkontrolle .....	740
a) Der Ausfuhrverantwortliche .....	741
aa) Personalauswahlpflicht .....	742
bb) Organisationspflicht .....	743
cc) Überwachungspflicht .....	743
dd) Weiterbildungspflicht .....	743
ee) Risiken .....	743
b) Außenwirtschafts- oder Exportkontrollbeauftragte .....	745
aa) Anforderungen an einen Exportkontrollbeauftragten .....	745
bb) Aufgaben des Exportkontrollbeauftragten .....	746
cc) Funktionen des Exportkontrollbeauftragten .....	747
dd) Berichtswesen des Exportkontrollbeauftragten .....	747
ee) Weisungen an und durch den Exportkontrollbeauftragten .....	747
ff) Risiken des Exportkontrollbeauftragten .....	747
c) Die Exportkontrollabteilung .....	748
d) Rechtlich unselbstständige Standorte .....	748
2. Die vereinfachte Zollanmeldung mit förmlicher Bewilligung und ATLAS .....	748
a) Vereinfachte Zollanmeldung mit förmlicher Bewilligung .....	749
b) Bewilligungsvoraussetzungen und angemessene Einhaltung der Exportkontrolle .....	749
c) Unterlagen- bzw. Genehmigungscodierungen .....	750
V. Ablauf der Prüfung der innerbetrieblichen Exportkontrolle .....	750
VI. Offenlegung von Verstößen (§ 22 Abs. 4 AWG) .....	753
C. Überblick zur US-Exportkontrolle .....	756
I. Geltung und Umfang des US-Exportkontrollrechts .....	756
II. Das Export Management System (EMS) bzw. Export Management & Compliance-Programm (EMCP) .....	757
III. Red Flags Check .....	758
§ 27. Datenschutz .....	759
A. Einführung .....	759
I. Die EU Datenschutzgrundverordnung im Überblick .....	759
II. Verschärfte Sanktionen .....	760
B. Materielle Grundlagen .....	761
I. Datenschutz-Prinzipien .....	761
II. Privacy by Design and Default .....	762
III. Verantwortlichkeiten .....	763
1. Verantwortlicher .....	763
2. Auftragsverarbeiter .....	764
3. Gemeinsam Verantwortliche .....	765
C. Datenschutzpraxis im Unternehmen .....	766
I. Neue Aufsichtsbehörden .....	766
II. Datenschutz-Governance .....	767
III. Umgang mit Datenpannen .....	768
1. Meldung an die zuständige Datenschutzaufsichtsbehörde .....	769
2. Mitteilung an die betroffenen Individuen .....	769
IV. Datenauskunftsrecht .....	769
1. Struktur des Datenauskunftsanspruchs .....	770
2. Modalitäten der Umsetzung .....	770
3. Einschränkungen des Datenauskunftsanspruchs .....	771
V. Datenlöschung .....	772

D. Internationaler Datenverkehr .....	772
I. Anerkanntes Drittland .....	773
II. Geeignete Garantien .....	775
1. Standardvertragsklauseln .....	775
2. Interne Datenschutzvorschriften .....	776
E. Datenschutz im digitalen Raum .....	777
I. Big Data & Künstliche Intelligenz .....	777
1. Definition von KI? .....	777
2. Einhaltung der Datenschutzprinzipien .....	778
3. Automatisierte Entscheidungen .....	780
4. Ethics by Design? .....	782
5. Ausblick: Die EU KI-Verordnung .....	783
II. Anonymisierung .....	784
III. Tracking .....	787
IV. Direktwerbung .....	790
V. Social Media .....	791
F. Resümee .....	793
§ 28. Lobbying .....	795
A. Einleitung .....	796
B. Risikofelder des Lobbying .....	798
I. Eigene Risikomuster entwickeln .....	798
II. Aus der Debatte lernen .....	799
C. Normativer Rahmen .....	801
I. Verantwortliches Lobbying als übergeordnetes Ziel .....	801
II. Europäische Ebene: Leitlinien und Transparenzregister .....	802
III. Lobbyregulierung des Bundes .....	804
IV. Lobbyregulierung der Länder .....	814
V. Standesregelungen und Selbstverpflichtungen .....	814
VI. Politische Korruption und Abgeordnetenbestechung .....	816
D. Compliance-Prävention bei Lobbying-Aktivitäten .....	818
I. Lobbying als blinder Fleck im „Risk Mapping“ .....	818
II. Ziele der Compliance-Programme beim Lobbying .....	819
III. Compliance-Management in der Praxis .....	820
§ 29. Marketing und Sales .....	823
A. Einleitung .....	824
B. Marketingprozess .....	825
I. Gewerblicher Rechtsschutz .....	825
1. Die einzelnen Schutzrechte .....	825
a) Design .....	826
b) Patente und Gebrauchsmuster .....	826
c) Urheberrecht .....	827
d) Marke .....	827
2. Rechtliche Risiken: Verletzung fremder Schutzrechte .....	830
a) Zivilrechtliche Risiken .....	830
b) Strafrechtliche Risiken .....	831
3. Konsequenzen für Compliance-Organisation .....	833
II. Lauterkeitsrecht .....	833
1. Systematik des Lauterkeitsrechts .....	834
a) Verbotsstatbestände .....	834
b) Schwarze Liste .....	834
2. Rechtliche Risiken: Wettbewerbsrechtliche Ansprüche .....	835
a) Zivilrechtliche Risiken .....	835
b) Strafrechtliche Risiken .....	835

3. Konsequenzen für Compliance-Organisation .....	836
C. Sales .....	836
I. Vertriebsorganisation und Vertriebskartellrecht .....	836
II. Kartellverbot .....	837
1. Spürbarkeit des Wettbewerbsverstoßes .....	837
2. Ausnahmen vom Kartellverbot .....	837
a) De-minimis-Bekanntmachung .....	838
aa) Inhalt und Anwendungsbereich .....	838
bb) Rechtliche Konsequenzen .....	839
b) Zwischenstaatlichkeitsbekanntmachung .....	839
aa) Inhalt und Anwendungsbereich .....	839
bb) Rechtliche Konsequenzen .....	840
c) Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) .....	840
d) Sonstige Ausnahmen .....	841
aa) Handelsvertreterverträge .....	841
bb) Qualitativ selektiver Vertrieb .....	841
cc) Franchising .....	842
3. Freistellung .....	842
4. Kernbeschränkungen .....	842
a) Preisbindungen (Art. 4 Buchst. a Vertikal-GVO) .....	843
b) Gebiets- und Kundenkreisbeschränkungen (Art. 4 Buchst. b–e Vertikal-GVO) .....	844
c) Beschränkung des aktiven oder passiven Verkaufs (Art. 4 Buchst. c Vertikal-GVO) .....	845
d) Verbot von Querlieferungen (Art. 4 Buchst. c Ziff. ii Vertikal-GVO) .....	845
e) Verkaufsbeschränkungen im Internet (Art. 4 Buchst. e Vertikal-GVO) .....	845
f) Ersatzteillieferungen (Art. 4 Buchst. e Vertikal-GVO) .....	845
g) Rechtsfolge .....	845
III. Einzelfreistellung nach Art. 101 Abs. 3 AEUV .....	846
IV. Überblick vertikale Wettbewerbsbeschränkungen .....	846
V. Konsequenzen für Compliance-Organisation .....	850
§ 30. Liefertkettensorgfaltspflichtgesetz .....	851
A. Einleitung .....	852
I. Zweck des LkSG .....	852
II. Aktuelle Rechtslage .....	853
III. Schwerpunkt und Zweckrichtung des Beitrags .....	854
B. LkSG-Elemente und Compliance Managementsystem .....	854
I. Verantwortung der Unternehmensleitung: Legalitätspflicht und deren Bedeutung für die Umsetzung des LkSG .....	855
II. Vorbeugen: Präventive Maßnahmen („Prevent“-Element eines CMS) .....	856
1. Risikomanagement .....	857
2. Organisatorische Ausgestaltung und Überwachung des Risikomanagements .....	858
3. Risikoanalyse .....	858
4. Präventionsmaßnahmen .....	860
5. Präventionsmaßnahme Schulungen .....	860
III. Erkennen: Maßnahmen zum Entdecken, Kontrollieren und Überwachen („Detect“-Element eines CMS) .....	861
1. Hinweisgebersystem: Einrichtung eines Beschwerdeverfahrens .....	861

a) Einrichtung eines zugänglichen Beschwerdemechanismus (§ 8 Abs. 1 S. 1 LkSG) .....	862
b) Berichterstattung über das Hinweisgebersystem und Auswirkung auf das Risikomanagement .....	862
2. Prozesse für den Umgang mit Beschwerden – interne Untersuchungen und Fallmanagement .....	863
a) Klar definiertes Verfahren (§ 8 Abs. 1, 4 LkSG) .....	863
b) Vertraulichkeit und Schutz potenziell Beteiligter (§ 8 Abs. 4 S. 2 LkSG) .....	865
3. Regelmäßige Kontrollen und Überwachung der Effektivität und Angemessenheit des CMS .....	866
a) Risikobasierte Kontrollmaßnahmen im eigenen Geschäftsbetrieb (§ 6 Abs. 3 Nr. 4 LkSG) und bei unmittelbaren Zulieferern (§ 6 Abs. 4 Nr. 4 LkSG) .....	867
b) Jährliche sowie anlassbezogene Wirksamkeitsprüfung der Präventionsmaßnahmen (§ 6 Abs. 5 LkSG) .....	868
c) Jährliche sowie anlassbezogene Wirksamkeitsprüfung der Abhilfemaßnahmen (§ 7 Abs. 4 LkSG) .....	869
IV. Abhilfemaßnahmen .....	869
1. Eigener Geschäftsbereich .....	869
2. Unmittelbare Zulieferer .....	869
3. Mittelbare Zulieferer .....	870
C. Ausblick: weitere gesetzgeberische Entwicklungen – Auswirkung und Fragestellungen .....	870
§ 31. Personalorganisation und Arbeitsstrafrecht .....	873
A. Personalorganisation .....	874
I. Schlüsselpersonal .....	874
II. Schutz von Geschäftsgeheimnissen .....	875
III. Background-Checks, Pre-Employment Screening und Kontrollen .....	875
IV. Aufgaben- und Pflichtendelegation .....	876
B. Arbeitsverhältnis .....	878
I. Compliance .....	878
II. Aushang-, Aufzeichnungs- und Mitteilungspflichten .....	879
III. Beschäftigung von Ausländern und Mitarbeitern im Ausland .....	880
1. Beschäftigung von Ausländern .....	880
2. Beschäftigung von Mitarbeitern im Ausland .....	882
IV. Arbeitszeit und Beschäftigungsverbote .....	882
V. Entlohnung .....	883
1. Gesetzlicher Mindestlohn .....	883
2. Mindestarbeitsbedingungen und -entgelte .....	884
3. Geringfügige Beschäftigung (Mini-Jobs) .....	884
4. Straf- und bußgeldrechtliche Folgen zu geringer Vergütung .....	885
VI. Gleichbehandlung .....	886
VII. Präventions- und Schutzpflichten .....	888
VIII. Sozialversicherung .....	889
IX. Betrieblicher Datenschutz .....	890
X. Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat .....	891
C. Technischer Arbeitsschutz .....	892
I. Arbeitsschutzgesetz .....	892
II. Arbeitssicherheitsgesetz .....	893
III. Arbeitsschutz- und Unfallverhütungsvorschriften .....	893

D. Fremdpersonaleinsatz .....	893
I. Werk- oder Dienstverträge .....	893
II. Selbständige oder nichtselbständige Beschäftigung (Scheinselbständigkeit) .....	894
III. Arbeitnehmerüberlassung .....	896
IV. Arbeitnehmerentsendung und Mindestarbeitsbedingungen .....	900
V. Schwarzarbeit .....	902
VI. Auftraggeberhaftung .....	902
E. Kontrollen und Prüfungen .....	903
§ 32. Forschung und Entwicklung .....	905
A. Einleitung .....	906
B. Gefahrenabwehr .....	907
I. Arbeitssicherheit .....	907
II. Anlagenhaftung .....	907
III. Menschen in der klinischen Forschung .....	907
IV. Umgang mit Krankheitserregern .....	908
V. Tierschutz .....	908
VI. Gentechnik .....	908
VII. Chemikalienrecht .....	909
VIII. Radioaktive Stoffe .....	909
C. Verwaltung und Schutz von FuE-Ergebnissen .....	909
I. Ausbau und Pflege des Patent Portfolios .....	909
1. Patentschutz für FuE-Ergebnisse .....	909
a) Patentfähigkeit .....	910
b) Wirkung des Patents .....	910
c) Konsequenzen bei Nichtzahlung der Jahresgebühren .....	911
2. Rechte an patentfähigen Erfindungen .....	911
a) Inanspruchnahme .....	912
b) Vergütungspflicht .....	913
c) Weitere gesetzliche Pflichten des Arbeitgebers unter dem ArbEG .....	914
II. Schutz von proprietärem Know-how .....	915
1. Allgemeines .....	915
2. Betriebsinterne Schutzmaßnahmen .....	915
3. Abschluss von Geheimhaltungsvereinbarungen bei der Zusammenarbeit mit Dritten .....	916
a) Art und Umfang der vertraglichen Geheimhaltungspflichten .....	917
b) Vertragsstrafen .....	918
c) Kartellrechtliche Grenzen .....	918
d) Dauer .....	918
e) Verbleib der ausgetauschten Informationen .....	919
III. Unternehmenseigene IP-Richtlinie .....	919
D. Freedom to Operate .....	920
E. FuE-Verträge .....	921
I. Vertragstypen .....	921
II. FuE-Verträge mit Unternehmen .....	922
III. Besonderheiten bei FuE-Verträgen mit Hochschulen und an einer Hochschule Beschäftigten .....	923
1. Grundsätze der Zusammenarbeit .....	923
2. Verhinderung von unzulässiger Einflussnahme .....	924
3. Negative Publikationsfreiheit des Hochschulprofessors .....	924

4. Vertragspartner .....	925
5. Schriftliche Dokumentation .....	925
IV. Kooperationsvereinbarungen bei nationalen Subventionen .....	925
1. Zuordnung der FuE-Ergebnisse .....	926
2. Nutzungs-, Ausübung- und Verwertungspflicht .....	926
3. Einhaltung von Kontrollpflichten .....	926
4. Auftragsvergabe an Dritte .....	927
F. Kartellrechtliche Grenzen der Vertragsgestaltung .....	927
I. Allgemeines .....	927
II. Gruppenfreistellungsverordnung FuE .....	927
1. Kernbeschränkungen .....	928
2. Nicht freigestellte Beschränkungen .....	929
§ 33. Qualität und Produktentwicklung .....	931
A. Einführung .....	932
B. Die wesentlichen Haftungstatbestände .....	933
C. Compliance-Organisation in Unternehmen .....	937
I. Betrieblicher Bereich .....	940
II. Körperschaftliche Organisation .....	940
§ 34. Entwicklung, Konstruktion, Fabrikation und Qualitätskontrollsysteme ..	943
A. Einführung .....	943
B. Entwicklungs- und Konstruktionsbereich .....	943
I. Unmittelbare Anforderungen .....	943
1. Produzenten- und produkthaftungsrechtliche Anforderungen	943
2. Anforderungen nach dem Produktsicherheitsgesetz (ProdSG)	949
a) Anforderungen im harmonisierten Bereich .....	949
b) Anforderungen im nichtharmonisierten Bereich .....	950
c) Besondere Pflichten bei Verbraucherprodukten .....	950
d) Weitere Vorschriften des ProdSG .....	952
II. Weitere qualitätssichernde Maßnahmen .....	953
III. Zulieferung .....	954
1. Vertikale Arbeitsteilung .....	956
2. Horizontale Arbeitsteilung .....	958
3. Qualitätsfähigkeit von Zulieferern .....	959
C. Fabrikationsbereich .....	960
I. Gesetzliche Anforderungen .....	960
II. Qualitätsmanagementsysteme .....	961
III. Qualitätssicherungsprüfungen .....	965
IV. Ausreißer .....	966
§ 35. Instruktion, Produktbeobachtung, Produktrückruf .....	967
A. Instruktionsbereich .....	967
B. Produktbeobachtungsbereich .....	972
C. Produktrückruf .....	977
§ 36. Aspekte des Rechts der IT-Sicherheit .....	983
A. Einführung .....	990
I. Informationstechnologie im Unternehmen und Risikoanalyse .....	990
1. Informationstechnologie als Risiko .....	990
2. Ansatzpunkte der Risikoanalyse .....	992
3. Häufige Versäumnisse .....	995
4. Externe und interne Risiken .....	996
II. Perspektiven des Rechts der IT-Sicherheit .....	998
1. Fehlen eines einheitlichen Gesetzes .....	998
2. Rechtliche Anforderungen an die Sicherheit der Informationstechnik .....	999

3. Anforderungen an den Schutz von Informationen und an die Prävention gegen IT-Risiken .....	999
4. Schutz elektronischer Kommunikation .....	1000
5. Schutz personenbezogener Daten .....	1001
6. Strafrechtlicher Schutz von Informationen .....	1002
III. Grenzen optimaler Sicherheit .....	1002
1. IT-Sicherheit als Compliance-Risiko .....	1002
2. Verfassungsrechtliche Grenzen .....	1003
3. Datenschutzrechtliche Grenzen .....	1003
4. Strafrechtliche Grenzen .....	1003
IV. Versuch einer zusammenfassenden Beschreibung des Rechts der IT-Sicherheit .....	1003
V. Gang der Darstellung .....	1004
B. Quellen des Rechts der IT-Sicherheit .....	1005
I. Allgemeine Rahmenvorschriften .....	1005
1. Verpflichtung zum Risikomanagement und zur Prävention ..	1005
2. Datenschutzrechtliche Anforderungen an die IT-Sicherheit ..	1009
a) Art. 32 DS-GVO .....	1009
b) Art. 28 DS-GVO .....	1012
c) Art. 35 DS-GVO .....	1020
d) Art. 42 DS-GVO .....	1021
II. Spezielle Rahmennormen .....	1021
1. Für Anbieter von Telekommunikationsdienstleistungen (§ 165 ff. TKG) .....	1021
2. Für Banken/Finanzdienstleister und Wertpapierdienstleistungsunternehmen (§ 25a KWG, § 80 WpHG) .....	1023
3. Für Versicherungsunternehmen (§§ 23 ff. VAG, Art. 259 ff. Solvabilität II-VO) .....	1027
III. BSIG – Gesetzliche Maßstäbe für sichere Informationstechnik ..	1029
1. Maßstäbe für informationstechnische Systeme .....	1029
2. Maßstäbe für die Unternehmensleitung .....	1030
IV. Verordnung 2022/2554/EU über die digitale operationale Resilienz im Finanzsektor (DORA) und NIS 2-RL .....	1032
1. Neue Maßstäbe für die digitale operationale Resilienz im Finanzsektor .....	1032
2. Umfassende Regelungen in DORA und NIS-2-Richtlinie ..	1032
V. Normen und sonstige Regelwerke .....	1034
1. IT-Grundschutz des BSI .....	1034
2. Internationale Normierungen .....	1036
VI. Vertragliche Verpflichtung zur Herstellung der IT-Sicherheit ..	1037
VII. Typische Verletzungsfolgen .....	1037
1. Keine abschließende Analyse .....	1037
2. Schadensersatz und Schmerzensgeld .....	1038
3. Versicherungsrechtliche Folgen .....	1041
4. Strafrechtliche und ordnungswidrigkeitenrechtliche Folgen ..	1041
5. Meldung und Benachrichtigung gem. Art. 33, 34 DS-GVO ..	1044
6. Aufsichtsrechtliche Folgen .....	1049
7. Reputationsverlust .....	1049
8. Sonderproblem: § 266 StGB bei Schlechterfüllung von Pflichten der IT-Sicherheit .....	1050
VIII. Strafrechtlicher Schutz der IT-Sicherheit/Daten .....	1053
1. Einführung .....	1053

2. Allgemeines zu einzelnen Tatobjekten .....	1054
a) Daten .....	1054
b) Urkunde .....	1054
c) Technische Aufzeichnung .....	1055
3. Einzelne Straftatbestände .....	1055
a) § 202a StGB – Ausspähen von Daten .....	1055
b) § 202b StGB – Abfangen von Daten .....	1056
c) § 202c StGB – Vorbereiten des Ausspähens und Abfangens von Daten .....	1057
d) § 202d StGB – Datenhöhle .....	1058
e) § 269 StGB – Fälschung beweiserheblicher Daten .....	1058
f) § 274 StGB – Unterdrücken beweiserheblicher Daten .....	1059
g) § 303a StGB – Datenveränderung .....	1059
h) § 303b StGB – Computersabotage .....	1060
C. Elektronische Signaturen .....	1060
I. Einführung .....	1060
1. Bedeutung elektronischer Signaturen .....	1060
2. Rechtliche Rahmenbedingungen .....	1061
II. Sicherung von Identität und Authentizität – Signaturstandards .....	1061
III. Technischer Ablauf der Signierung .....	1063
1. Funktionsweise .....	1063
2. Der Absender .....	1063
3. Der Empfänger .....	1063
IV. Unterscheidung von Signierung und Verschlüsselung .....	1064
V. Zusammenfassung der Grundregeln .....	1064
D. Richtlinie zur IT-Sicherheit .....	1065
I. IT-Richtlinie als Handlungsstandard .....	1065
1. Auswahl typischer Risiken .....	1065
2. IT-Richtlinie und vertragliche Zusatzvereinbarungen als typische Reaktion .....	1066
3. Regelmäßige Kontrollen und Sanktionen .....	1068
II. Auswahl zentraler Elemente einer IT-Richtlinie .....	1070
1. Regelungsansatz und betroffener Personenkreis .....	1070
2. Regelungsgegenstand .....	1070
3. Privatnutzung der IT-Infrastruktur .....	1071
4. Intensität der Privatnutzung .....	1072
5. Handhabung von Passwörtern .....	1072
6. Abwesenheitsregelungen .....	1072
7. Inhalte und Gegenstand der Nutzung .....	1073
8. Nutzung von Internet-Plattformen .....	1073
9. Kopier- und Installationsverbote .....	1074
10. Handhabung der elektronischen Kommunikation .....	1074
11. Vorgaben zur Sicherheit .....	1074
12. Verpflichtung zur Meldung von Sicherheitsrisiken .....	1075
III. Auswahl wichtiger Regelungen für ein BYOD-Programm .....	1075
E. Der IT-Sicherheitsbeauftragte (ITSB) .....	1076
I. Ausgangsüberlegungen .....	1076
1. Lediglich mittelbare gesetzliche Pflicht .....	1076
2. Betriebliche Erforderlichkeit eines ITSB .....	1077
3. Rentabilität .....	1078
4. Pseudobeauftragter nicht sinnvoll .....	1078
II. Auswahlkriterien .....	1079
1. Interne oder externe ITSB .....	1079

2. Eigenständigkeit der Funktion des ITSB .....	1079
3. Persönliche Eignung .....	1080
4. Personelle Kontinuität .....	1081
5. ITSB und Datenschutzbeauftragter .....	1081
6. ITSB und IT-Abteilung .....	1082
III. Typische Funktionen des ITSB .....	1082
1. Funktionen aktiv einräumen .....	1082
2. ITSB in Überwachungsfunktion .....	1082
3. ITSB als Berater .....	1083
IV. Rechtliche Ausgestaltung der Position des ITSB .....	1083
1. Maßstab der ordnungsgemäßen Pflichterfüllung .....	1083
2. Zusatzvereinbarung zum Arbeitsvertrag beim internen ITSB .....	1083
3. Vertrag mit dem externen ITSB .....	1084
4. Unternehmensinterner Geltungsanspruch .....	1085
V. Aufgaben des ITSB .....	1085
1. Anfängliche und laufende Aufgaben .....	1085
2. Analyse und Beratung oder Verpflichtung zum aktiven Tun .....	1087
3. Typische anfängliche Aufgaben .....	1087
4. Typische laufende Aufgaben .....	1087
F. Compliant Compliance – Ausgewählte Grenzen der IT-Sicherheit .....	1088
I. IT-Sicherheit als mögliches Compliance-Risiko .....	1088
1. Übererfüllung sicherheitsbezogener Pflichten .....	1088
2. Arbeitnehmerrechte als Schranken der IT-Sicherheit .....	1088
3. Annahme der Eignung zur Prävention gegen Risiken für die IT-Sicherheit .....	1090
4. Exkurs: Zweifel an der Anwendbarkeit von § 26 Abs. 1 BDSG .....	1090
II. E-Mail-Filterung im Lichte von §§ 206, 303a StGB .....	1093
1. Regelungsgehalt von § 206 StGB .....	1093
2. Auswirkungen von § 206 StGB im Bereich der E-Mail-Filterung .....	1093
3. Regelungsgehalt und Auswirkungen von § 303a StGB .....	1103
4. Lösungsansätze .....	1103
III. Sonderproblem: Screening von E-Mail- und Internetverkehrsdaten .....	1105
1. Screening von E-Mail-Daten .....	1105
2. Screening von Internetverkehrsdaten .....	1110
3. Überprüfung von verschlüsselten Daten .....	1113
IV. Sonderproblem: Data Loss Prevention-Software .....	1117
V. Whistleblowing und Videoüberwachung im Lichte des Datenschutzrechts .....	1118
1. Hinweisgeberschutzgesetz .....	1118
2. Zentrale Anforderungen des Datenschutzrechts .....	1120
3. Ausgewählte Auswirkungen auf das Whistleblowing .....	1123
4. Lösungsansätze für Whistleblowing-Systeme .....	1125
5. Ausgewählte Auswirkungen auf die Videoüberwachung .....	1125
VI. Totalüberwachung im Lichte von Art. 1 GG und sonstige Grenzen .....	1126
1. Grenzen der Überwachung aus Art. 1 GG .....	1126
2. Auswirkungen auf typische Maßnahmen .....	1127
3. Zusätzlicher Schutz bei Telefon- und Videoüberwachung .....	1128
VII. Kontrollmaßnahmen im Lichte des IT-Grundrechts .....	1130
1. Schutzbereich des IT-Grundrechts .....	1130
2. Auswirkungen auf Kontrollmaßnahmen .....	1132

VIII. Sonstige Folgen unzulässiger Kontrollmaßnahmen .....	1133
1. Beweisrechtliche Folgen .....	1133
2. Reputationsverlust .....	1135
3. Maßnahmen von Aufsichtsbehörden .....	1135
4. Sonstige Ansprüche und Rechte der Betroffenen .....	1136
5. Strafrechtliche und ordnungswidrigkeitenrechtliche Folgen ..	1136
§ 37. Umweltschutz .....	1137
A. Einleitung .....	1138
B. Umweltrechtliche Vorgaben .....	1139
I. Gesetzliche Regelungen .....	1139
1. Anlagen- und tätigkeitsspezifische Regelungen .....	1139
2. Regelungen zur Umwelthaftung .....	1147
II. Konkrete bescheidliche Handlungspflichten .....	1151
C. Organisation .....	1153
D. Betriebsbeauftragte .....	1156
E. Mitteilungspflichten .....	1158
I. Allgemeine Mitteilungspflichten .....	1159
II. Mitteilung der Personalisierung der Betreiberpflichten .....	1160
III. Mitteilung einer effektiven Betriebsorganisation .....	1161
F. Dokumentation und Aufbewahrung von Unterlagen .....	1162
G. Zertifizierungen .....	1163
H. Zusammenfassung .....	1165
§ 38. Geldwäsche .....	1167
A. Hintergründe der Geldwäschebekämpfung .....	1170
I. Allgemeines .....	1170
II. Wie funktioniert Geldwäsche? .....	1171
1. Placement stage (Platzierung bzw. Einschleusung von Vermögenswerten) .....	1171
2. Layering stage (Verschleierung) .....	1172
3. Integration .....	1173
III. Gesetzliche Definition der Geldwäsche .....	1173
IV. Definition der Terrorismusfinanzierung .....	1174
B. Verpflichtete nach dem Geldwäschegesetz (GwG) .....	1174
I. Hauptpflichten des Geldwäschegesetzes für Verpflichtete .....	1175
II. Spezielle Regelungen für bestimmte Verpflichtete .....	1177
1. Rechtsberatende Verpflichtete (§ 2 Abs. 1 Nr. 10 GwG) .....	1177
2. Immobilienmakler (§ 2 Abs. 1 Nr. 14 GwG) .....	1179
3. Veranstalter und Vermittler von Glücksspielen (§ 2 Abs. 1 Nr. 15 GwG) .....	1180
4. Güterhändler, Kunstvermittler und Kunstmärkte, soweit die Lagerhaltung in Zollfreigebieten erfolgt. (§ 2 Abs. 1 Nr. 16 GwG) .....	1181
a) Kunstvermittler und Kunstmärkte .....	1182
b) Kunsthändler, Kunstvermittler und bestimmte Kunstmärkte .....	1182
c) Risikomanagement der in § 2 Abs. 1 Nr. 16 GwG genannten Verpflichteten .....	1183
d) Sorgfaltspflichten für die in § 2 Abs. 1 Nr. 16 GwG genannten Verpflichteten .....	1183
e) Meldepflicht für die in § 2 Abs. 1 Nr. 16 GwG genannten Verpflichteten .....	1183
III. Risikomanagement .....	1183
IV. Risikoanalyse .....	1184

V. Risikoorientierter Ansatz .....	1185
VI. Dokumentation der Risikoanalyse .....	1188
1. Ableitung von Maßnahmen aus der Risikoanalyse .....	1188
2. Aktualisierung der Risikoanalyse .....	1188
3. Zusätzliche Pflichten für Institute aus § 25h KWG .....	1189
C. Interne Sicherungsmaßnahmen des § 6 GwG .....	1190
I. Kontrollen .....	1192
II. Bestellung eines Geldwäschebeauftragter (GwB) (§ 6 Abs. 2 Nr. 2 GwG) .....	1192
1. Bestellung und Abberufung eines Geldwäschebeauftragten und seines Vertreters .....	1193
2. Mittel für die Tätigkeit des Geldwäschebeauftragten .....	1193
3. Vertretung des Verpflichteten durch den Geldwäschebeauftragten nach innen und außen .....	1194
4. Umsetzung der Sicherungsmaßnahmen .....	1194
5. Zugangsrecht des Geldwäschebeauftragten .....	1194
6. Die richtungsweisende Entscheidung des OLG Frankfurt	
a. M. v. 10.4.2018 .....	1194
III. Gruppenweite Sicherungsmaßnahmen (§ 6 Abs. 2 Nr. 3 GwG) ..	1195
IV. Entwicklung geeigneter Maßnahmen (§ 6 Abs. 2 Nr. 4 GwG) ..	1196
V. Zuverlässigkeit der Mitarbeiter (§ 6 Abs. 2 Nr. 5 GwG) .....	1196
VI. Unterrichtung der Mitarbeiter (§ 6 Abs. 2 Nr. 6 GwG) .....	1198
VII. Überprüfung der Grundsätze und Verfahren (§ 6 Abs. 2 Nr. 7 GwG) .....	1198
VIII. Whistleblowing-System (§ 6 Abs. 5 GwG) .....	1199
IX. Auslagerung von internen Sicherungsmaßnahmen an Dritte gem. § 6 Abs. 7 GwG .....	1200
D. Ergänzende Pflichten aus dem KWG und VAG .....	1200
I. Zusätzliche Pflichten für Institute aus § 25h KWG .....	1200
1. Zentrale Stelle (§ 25h Abs. 7 KWG) .....	1201
2. Pflichten aus den §§ 25h ff. KWG für Institute .....	1201
3. Pflicht zum Einsatz von Datenverarbeitungsprogrammen (§ 25h Abs. 2 KWG) .....	1202
4. Zentrale Stelle .....	1203
5. Verhinderung von strafbaren Handlungen .....	1203
II. Verstärkte Sorgfaltspflichten nach § 25k KWG .....	1205
1. Anonyme Sortengeschäfte gem. § 25k Abs. 1 KWG .....	1205
2. Verstärkte Sorgfaltspflichten im Bereich Factoring .....	1206
III. Vorschriften des VAG für Verpflichtete gem. § 2 Abs. 1 Nr. 7 VAG (Versicherungen) .....	1206
1. Interne Sicherungsmaßnahmen nach § 53 VAG .....	1207
2. Allgemeine Sorgfaltspflichten in Bezug auf den Bezugsberechtigten gem. § 54 VAG .....	1207
3. Verstärkte Sorgfaltspflichten gem. § 55 VAG .....	1208
E. Sorgfaltspflichten des Geldwäschegegesetzes .....	1208
I. Grundsätzliches .....	1208
II. Umfang der allgemeinen Sorgfaltspflichten in § 10 Abs. 1 GwG .....	1209
1. Sorgfaltspflichten für bestimmte Glücksspielanbieter .....	1210
2. Sorgfaltspflichten für Immobilienmakler .....	1210
3. Sorgfaltspflichten für Verpflichtete nach § 2 Abs. 1 Nr. 16 GwG .....	1211
4. Sorgfaltspflichten für die Anbieter von E-Geld .....	1211

5. Sorgfaltspflichten für Versicherungsvermittler .....	1211
6. Sorgfaltspflichten für Syndikusrechtsanwälte .....	1211
<b>III. Anwendbarkeit von vereinfachten und verstärkten Sorgfaltspflichten .....</b>	<b>1212</b>
<b>IV. Allgemeine Sorgfaltspflichten iSd § 10 Abs. 1 GwG .....</b>	<b>1212</b>
1. Feststellung der Identität .....	1212
2. Identifizierung .....	1212
3. Erhebung von Angaben .....	1213
4. Identifizierungspflicht bei Verdacht auf Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung .....	1214
5. Identifizierungspflicht bei Zweifeln an den Angaben des Vertragspartners .....	1214
6. Erheben von Angaben bei juristischen Personen .....	1215
7. Überprüfung der gem. § 11 Abs. 4 GwG erhobenen Angaben .....	1215
8. Weitere Möglichkeiten der Überprüfung .....	1215
9. Abgleich des Ausweises mit der zu identifizierenden Person .....	1216
10. Abklärung des wirtschaftlich Berechtigten .....	1216
a) Zwischengeschaltete juristische Personen oder Personenvereinigung .....	1218
b) Fiktive wirtschaftlich Berechtigte .....	1218
c) Wirtschaftlich Berechtigter bei Stiftungen, Trusts und Vermögensverwaltungen .....	1219
d) Sonderfall BGB-Gesellschaft .....	1219
11. Exkurs: Transparenzregister .....	1220
a) Erforderliche Angaben zu wirtschaftlich Berechtigten .....	1221
b) Richtigkeit des Transparenzregisters .....	1222
c) Überprüfung der Angaben zum wirtschaftlich Berechtigten durch den abfragenden Verpflichteten .....	1222
d) Zweck der Geschäftsbeziehung .....	1224
<b>F. Politisch exponierte Person .....</b>	<b>1225</b>
I. Grundsätzliches .....	1225
II. Übersicht Personenkreis .....	1225
III. Angehörige und nahestehende Personen als PEP .....	1226
IV. Verstärkte Sorgfaltspflichten (§ 15 GwG) .....	1227
V. Beendigung der verstärkten Sorgfaltspflichten bei einem PEP .....	1228
VI. Fortlaufende Überwachung .....	1228
<b>G. Pflicht zur Aktualisierung .....</b>	<b>1229</b>
I. Für umsatzlose Konten .....	1229
II. Geringes Risiko (aufgrund von Risikoanalyse) .....	1229
III. Normales Risiko (aufgrund von Risikoanalyse) .....	1230
IV. Hohes Risiko (aufgrund gesetzlicher Vorgabe oder von Risikoanalyse) .....	1230
<b>H. Einschaltung Dritter zur Erfüllung von Sorgfaltspflichten .....</b>	<b>1230</b>
I. Gesetzlich zuverlässige Dritte (§ 17 Abs. 1 GwG) .....	1231
II. Vertraglich verpflichtete Dritte (§ 17 Abs. 5 GwG) .....	1231
III. Deutsche Auslandsvertretungen als Dritte .....	1231
IV. Identifizierung im Rahmen einer Videoübertragung .....	1232
1. Voraussetzung für eine Videoidentifizierung .....	1232
2. Verfahren während der Videoidentifizierung .....	1233
3. Abbruch der Videoidentifizierung .....	1234
4. Aufzeichnung und Aufbewahrung der Videoaufzeichnung .....	1235
5. Vorteil der Videoidentifizierung .....	1235

I. Verstärkte Sorgfaltspflichten .....	1236
I. Verstärkte Sorgfaltspflichten durch eine Geschäftsbeziehung mit einem von der EU gelisteten Drittstaat mit hohem Risiko oder eine dort ansässige natürliche oder juristische Person (15 Abs. 3 Nr. 2 GwG) .....	1236
II. Verstärkte Sorgfaltspflichten bei auffälligen Transaktionen (§ 15 Abs. 3 Nr. 3 GwG) .....	1237
III. Verstärkte Sorgfaltspflichten bei grenzüberschreitenden Korrespondenzbankbeziehungen mit Respondenten mit Sitz in einem Drittstaat (§ 15 Abs. 3 Nr. 4 GwG) .....	1237
J. Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflichten .....	1238
I. Ermittlungen zur Feststellung von wirtschaftlich Berechtigten .....	1238
II. Gesonderte Dokumentations- und Aufzeichnungspflichten von Notaren .....	1238
III. Dokumentation der Ergebnisse von Risikobewertungen .....	1238
IV. Überprüfung bestimmter Transaktionen .....	1239
V. Aufzeichnungen im Rahmen eines Video-Ident-Verfahrens .....	1240
VI. Verzicht auf eine erneute Aufzeichnung .....	1240
VII. Beginn der Aufbewahrungsfrist .....	1240
VIII. Dauer der Aufbewahrung .....	1240
IX. Vernichtung der Unterlagen .....	1240
K. Gruppenweite Einhaltung (§ 9 GwG) .....	1240
L. Verdachtsfälle und deren Meldung .....	1242
I. Grundsätzliches zur Meldepflicht des § 43 GwG .....	1242
1. Geldwäschemeldung ist keine Strafanzeige .....	1243
2. Geldwäschemeldung muss ausschließlich elektronisch erstattet werden .....	1243
II. Nichterstattung von Verdachtmeldungen .....	1243
III. Verdachtsgewinnung .....	1244
1. Auskunftsersuchen einer Behörde .....	1245
2. Auffälligkeiten .....	1246
IV. Verdachtmeldung wegen Verletzung der Offenlegungspflicht .....	1247
V. Eilfälle/Fristfälle .....	1248
VI. Nachmeldung zu einer bereits erfolgten Meldung .....	1249
VII. Verbot der Informationsweitergabe .....	1249
VIII. Ausnahmen von dem Verbot der Informationsweitergabe .....	1249
IX. Haftungsfreistellung nach § 48 GwG .....	1250
X. Arbeitsrechtlicher Schutz .....	1251
XI. Abgrenzung zu Strafanzeigen .....	1251
XII. GwGMeldV-Immobilien .....	1252
M. Aufsicht .....	1254
I. Grundsätzliches .....	1254
II. Auslegungs- und Anwendungshinweise der Aufsichtsbehörden .....	1255
III. Befugnis zum Anordnen von Maßnahmen .....	1255
IV. Nachweispflicht gegenüber der jeweiligen Aufsichtsbehörde .....	1255
V. Auskunftsverweigerungsrecht .....	1256
VI. Auskunftsverpflichtung von Nicht-Verpflichteten gegenüber der zuständigen Aufsichtsbehörde .....	1256
VII. Aufsichtsbehörde als zuständige Behörde in Ordnungswidrigkeiten .....	1256
N. Bußgeldvorschriften .....	1257
I. Allgemeines .....	1257
II. Gesetzlich geregelte Bußgeldtatbestände .....	1257

III. Ahndung von vorsätzlichen und leichtfertigen Verstößen .....	1258
IV. Ahndung von fahrlässigen Verstößen gem. § 56 Abs. 2 GwG .....	1258
V. Bekanntgabe von bestandskräftigen Maßnahmen .....	1260
O. Ausblick .....	1260
§ 39. Unternehmenskrise und Insolvenz .....	1263
A. Unternehmenskrise .....	1264
B. Monitoringpflichten .....	1265
I. Pflicht zur Risikofrüherkennung .....	1265
II. Zahlungsunfähigkeit .....	1266
1. Definition Zahlungsunfähigkeit .....	1266
2. Zahlungseinstellung .....	1266
3. Zahlungsstockung .....	1267
4. Liquiditätsplanung .....	1267
III. Drohende Zahlungsunfähigkeit .....	1267
IV. Überschuldung .....	1268
1. Definition Überschuldung .....	1268
2. Überschuldungsstatus .....	1268
V. Risikoanalyse bei Konzernstrukturen .....	1269
C. Anzeige- und Mitteilungspflichten .....	1270
I. Verlust der Hälfte des Stamm- bzw. Grundkapitals .....	1270
II. Ad-hoc-Publizitätspflicht .....	1270
III. Aufklärungspflichten gegenüber Geschäftspartnern .....	1271
D. Vorsorgepflichten .....	1271
I. Sozialversicherungsbeiträge .....	1271
II. Buchführung und Bilanzierung .....	1272
III. Zahlung von Steuern .....	1273
E. Fortführung der Geschäftstätigkeit .....	1274
I. Laufende Geschäftstätigkeit .....	1274
II. Eingehen neuer Verbindlichkeiten .....	1274
III. Zahlungsverbote .....	1274
IV. Cash Pool .....	1275
F. Sanierung .....	1275
I. Pflicht zur Sanierungsprüfung .....	1275
II. Beseitigung von Zahlungsunfähigkeit .....	1276
III. Beseitigung von Überschuldung .....	1276
G. Insolvenzantrag .....	1277
<b>4. Kapitel. Compliance-Kommunikation .....</b>	<b>1279</b>
§ 40. Compliance-Kommunikation und -Schulung .....	1279
A. Einführung .....	1280
B. Compliance-Kommunikation .....	1281
I. Allgemeines .....	1281
II. Interne Kommunikation .....	1282
1. Compliance Botschaften vom Management .....	1282
2. Vorbildfunktion .....	1284
3. Zielgruppen interner Kommunikation .....	1285
a) Die Basis der Compliance-Kommunikation .....	1285
b) Weiterführende Kommunikation für bestimmte Ziel	
Gruppen .....	1286
c) Zielgruppen mit unterschiedlichem Empfängerhorizont ..	1286
4. Kommunikationsmittel und -medien .....	1287
a) Schriftliche Kommunikation .....	1287
b) Compliance Homepage .....	1288

c) Entscheidungshilfen und Geschenke/Give aways .....	1288
d) Präsentationshilfen und Standard-Präsentationen .....	1288
e) Compliance Branding und Logo .....	1289
f) Mündliche Kommunikation .....	1289
g) Interaktive Kommunikation .....	1289
h) Gamification .....	1290
i) Wahre Geschichten oder „Story Telling“ .....	1290
5. Technische Lösungen für die interne Kommunikation .....	1291
a) Compliance App .....	1291
b) Compliance Chatbot .....	1292
III. Externe Kommunikation .....	1293
C. Compliance-Schulung .....	1294
I. Pflicht zur Schulung der Mitarbeiter .....	1294
II. Zeitpunkt und Inhalt der Compliance-Schulung .....	1295
1. Frühzeitige und umfassende Grundlagenschulung .....	1295
a) Format der Schulung .....	1296
b) Didaktische Aspekte .....	1296
2. Spezielle Schulungen und Vertiefung .....	1297
3. Anlassbezogene Schulungen .....	1298
4. Schulungsfälle und „lessons learned“ .....	1298
III. Verhaltenstraining statt reiner Wissensvermittlung .....	1299
IV. Schulungsmanagement und Dokumentation .....	1300
V. Teilnahmepflicht oder Freiwilligkeit der Schulung .....	1301
VI. Externe Compliance-Schulungen .....	1302
1. Wissensmanagement durch externe Schulungen .....	1302
2. Wissensteilung an Dritte .....	1302
a) Schulung von Vertriebs- und Geschäftspartnern .....	1302
b) Schulung von Kunden und anderen Dritten .....	1303
c) Vorträge auf Konferenzen und externen Schulungsveranstaltungen .....	1303
§ 41. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit .....	1305
A. Einleitung .....	1306
B. Pressearbeit .....	1307
C. Investor Relations .....	1310
D. Organisation .....	1311
E. Medienbranche .....	1312
F. Krisenbewältigung .....	1314
§ 42. Compliance und neue Medien .....	1317
A. Einleitung .....	1318
I. Soziale Medien in der Gegenwart .....	1318
II. Strategie & Regulation .....	1320
B. Haftungsvermeidung .....	1320
I. Persönlichkeitsrechte .....	1320
II. Meinungsfreiheit .....	1321
III. Recht am eigenen Bild .....	1323
IV. Urheberrecht .....	1323
V. Datenschutz .....	1325
VI. Sonstige Vorgaben .....	1328
C. Regelungsmöglichkeiten des Arbeitgebers .....	1328
I. Ausgangslage .....	1328
II. Regelungsinhalte .....	1329
1. Regelungszweck .....	1330
2. Verantwortlichkeiten .....	1330

3. Allgemeine Verhaltensgrundsätze .....	1330
4. Geheimhaltung und Vertraulichkeit von Informationen .....	1331
5. Respekt vor Mitbewerbern und Produkten .....	1332
6. Einhaltung des Urheberrechts .....	1333
7. IT-Sicherheit und Kontinuität .....	1333
8. Handlungsempfehlungen für die Kommunikation .....	1333
9. Zulassung der Nutzung in der Arbeitszeit .....	1334
10. Verhaltensgrundsätze für private Aktivitäten .....	1334
11. Ansprechpartner für Fragen .....	1335
D. Zusammenfassung .....	1335
§ 43. Ombudsmann und Hinweisgebersysteme .....	1337
A. Einführung .....	1338
B. Whistleblowing – Begriff und Entwicklung .....	1339
I. Begriffsdefinition .....	1339
II. Historische Entwicklung .....	1339
C. Rechtpflicht zur Einrichtung eines Hinweisgebersystems .....	1340
I. Gesetzeslage .....	1340
II. Rechtpflicht durch das Hinweisgeberschutzgesetz .....	1341
III. Besonderheiten für Unternehmen mit Börsennotierung in den USA .....	1342
D. Vorteile eines Hinweisgebersystems .....	1342
I. Reduzierung rechtlicher Risiken für Unternehmensverantwortliche .....	1343
II. CMS-Kontrollmechanismus .....	1343
III. Informationskontrolle .....	1344
IV. Schutz vor Repressalien für den Hinweisegeber .....	1345
V. Verringerung der Strafbarkeitsrisiken für den Hinweisegeber .....	1346
E. Rechtliche Rahmenbedingungen .....	1347
I. Vorgaben zur Implementierung .....	1347
1. Allgemeine Vorgaben an interne Meldekanäle .....	1347
2. Kreis der Hinweisegeber .....	1348
3. Sachlicher Anwendungsbereich .....	1348
4. Möglichkeit der anonymen Meldung .....	1349
5. Anreize zur Nutzung der internen Meldestelle .....	1349
6. Möglichkeit einer zentralen Meldestelle im Konzern .....	1349
II. Vorgaben zur Hinweisbearbeitung .....	1350
1. Allgemeine Vorgaben zum Verfahren .....	1350
2. Vertraulichkeitsgebot .....	1350
3. Datenschutzkonforme Hinweisbearbeitung .....	1351
F. Praktische Ausgestaltung im Unternehmen .....	1352
I. Ombudspersonen als Meldestelle .....	1353
1. Die Entwicklung des „Ombudsmann-Systems“ .....	1353
2. Rechtliche Einordnung externer Ombudspersonen .....	1354
a) Zivilrechtlich .....	1354
b) Strafrechtlich – strafprozessrechtlich .....	1355
c) Datenschutzrechtlich .....	1359
3. Aufgaben, Rechte und Pflichten externer Ombudspersonen .....	1360
4. Einzelfragen .....	1363
a) Umgang mit anonymen Hinweisen .....	1364
b) Rechtsrat durch Ombudspersonen .....	1364
II. Andere Hinweisgebersysteme .....	1365
1. Allgemeines zu IT-basierten Systemen .....	1365

2. Vor- und Nachteile elektronischer Meldesysteme .....	1366
3. Zustimmungspflichten durch den Betriebsrat .....	1368
<b>5. Kapitel. Compliance Überwachung und Assurance .....</b>	<b>1369</b>
§ 44. IT-Lösungen in der Praxis .....	1369
A. Nutzen-Analyse von IT-Lösungen .....	1371
I. Einleitung .....	1371
II. Notwendigkeit von IT-Lösungen .....	1373
III. Welche Unternehmen benötigen solch eine Lösung? .....	1373
IV. IT-Lösungen für Interne Kontrollsysteme .....	1375
1. Managementaufgaben .....	1375
2. Ein internes Kontrollsysteem wird umgesetzt durch geeignete Unterstützungssysteme .....	1377
B. Chancen und Risiken durch IT-Technologien und IT-Lösungen .....	1377
I. Data Analytics .....	1378
1. Chancen .....	1378
2. Risiken .....	1378
II. Künstliche Intelligenz (AI/KI) als IT-Lösungen .....	1379
1. Chancen .....	1379
2. Risiken .....	1381
III. E-Discovery-Tools .....	1381
IV. Cloud-Technologie .....	1382
1. Chancen .....	1382
2. Risiken .....	1382
V. Anti-Geldwäsche (AML) Software .....	1382
VI. Datenschutz-Software .....	1382
1. Chancen .....	1382
2. Risiken .....	1383
VII. Whistleblower-Software .....	1383
1. Chancen .....	1383
2. Risiken .....	1383
VIII. Hinweisgebersysteme .....	1383
IX. Vertragsmanagement .....	1385
X. Digitale Signatur .....	1386
XI. Beteiligungsmanagement .....	1387
XII. Aktenmanagement .....	1387
1. Chancen .....	1388
2. Risiken .....	1389
XIII. Geschäftsprozessmanagement/Business Process Management (BPM) .....	1389
XIV. Umfrage Software/Online-Befragung .....	1390
XV. Risikomanagement Systeme .....	1391
XVI. Compliance-Management-Systeme (CMS) .....	1392
XVII. Audits .....	1393
XVIII. Schulung/Moderne Wissensvermittlung/E-Learning .....	1393
XIX. Compliance Monitoring .....	1394
C. Epilog .....	1395
§ 45. Revision .....	1397
A. Einführung .....	1399
B. Grundlagen der Internen Revision .....	1399
I. Gesellschaftsrechtliche Grundlagen .....	1399
II. Aufsichtsrechtliche Grundlagen .....	1402

III. Deutscher Corporate Governance Kodex .....	1402
IV. Berufsrechtliche Standards .....	1403
C. Definition und Mission der Internen Revision .....	1404
D. Grundprinzipien der Internen Revision .....	1405
I. Unabhängigkeit, Objektivität und Integrität .....	1405
1. Unabhängigkeit .....	1405
2. Objektivität .....	1408
3. Integrität (Rechtschaffenheit) .....	1408
II. Sachkunde und berufsübliche Sorgfalt .....	1408
1. Sachkunde (Kompetenz) .....	1409
2. Berufsübliche Sorgfalt .....	1409
3. Wirksame Kommunikation .....	1410
4. Vertraulichkeit, Verschwiegenheit und Datenschutz .....	1411
III. Qualität und kontinuierliche Verbesserung .....	1412
IV. Ausrichtung an Strategie, Zielen und Risiken .....	1412
V. Aufschlussreichtum, Proaktivität und Zukunftsorientierung .....	1413
E. Gegenstand der Revisionstätigkeit .....	1413
I. Prüfungstätigkeit .....	1413
1. Zielsetzung .....	1413
2. Gegenstand .....	1414
II. Beratungstätigkeit .....	1417
III. Projektprüfung, -begleitung und -beratung .....	1418
1. Projektprüfung .....	1419
2. Projektbegleitung .....	1419
3. Projektberatung .....	1420
F. Aufgaben der Internen Revision .....	1420
I. Planung .....	1420
1. Prüfungsuniversum (Prüfungslandkarte) .....	1420
2. Prüfungsplanung .....	1421
II. Prüfungen / Beratungen .....	1423
1. Vorbereitung .....	1423
2. Durchführung .....	1424
III. Berichterstattung .....	1426
1. Prüfungsberichte .....	1426
2. Tätigkeitsberichte .....	1427
IV. Nachverfolgung (Follow-up) .....	1428
V. Qualitätssicherung und -verbesserung .....	1429
G. Angemessene Ressourcenausstattung .....	1431
H. Geschäftsordnung, Richtlinien und Verfahren der Internen Revision .....	1432
I. Auslagerung .....	1433
I. Auslagerung der Internen Revision .....	1433
II. Prüfung ausgelagerter Geschäftsprozesse .....	1433
J. Stellung der Internen Revision im Überwachungssystem .....	1435
I. Das Drei-Linien-Modell (Three Lines Model) .....	1435
II. Zusammenarbeit mit anderen Prüfungsdienstleistern .....	1437
1. Grundsätze .....	1437
2. Compliance-Funktion .....	1438
3. Risikomanagement-Funktion .....	1439
4. Abschlussprüfer .....	1440
K. Haftung .....	1441
I. Zivilrecht .....	1442
II. Ordnungswidrigkeiten- / Strafrecht .....	1442

L. Herausforderungen für die Interne Revision .....	1443
I. Digitale Transformation .....	1444
1. Fortgeschrittene Datenanalysen .....	1445
2. Process Mining .....	1446
3. Robotic Process Automation .....	1446
4. Continuous Auditing .....	1447
II. Remote Prüfungsdurchführung .....	1448
III. Neuartige Prüfungsgegenstände .....	1449
1. Unternehmenskultur .....	1450
2. Robotic Process Automation .....	1451
3. Künstliche Intelligenz .....	1452
4. Nachhaltigkeit .....	1453
IV. Strategische Personalplanung und -entwicklung .....	1454
§ 46. Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit von Compliance-Management-Systemen .....	1457
A. Compliance-Management-Systeme und erste Überlegungen zu ihrer Wirksamkeit .....	1457
B. Einbettung von Compliance-Management-Systemen in interne Kontroll- und Risiko-Management-Systeme .....	1459
C. Die Grundelemente von Compliance-Management-Systemen .....	1461
I. Compliance-Kultur .....	1461
II. Compliance-Ziele .....	1462
III. Compliance-Risiken .....	1462
IV. Compliance-Programm .....	1462
V. Compliance-Organisation .....	1463
VI. Compliance-Kommunikation .....	1464
VII. Compliance-Überwachung und -Verbesserung .....	1465
D. Die Dokumentation von Compliance Management Systemen .....	1465
E. Die Prüfung von Compliance Management Systemen im Hinblick auf ihre Angemessenheit und Wirksamkeit .....	1466
I. Die Prüfung der Angemessenheit eines Compliance-Management-Systems .....	1467
II. Die Prüfung der Wirksamkeit eines Compliance-Management-Systems .....	1469
F. Die Wirtschaftlichkeit von Compliance-Management-Systemen .....	1469
I. Aufbau- und ablaufbezogene Effizienzpotenziale .....	1470
II. Weitere Integration der „Second Line“ .....	1471
§ 47. Internal Investigations – Interne Untersuchungen im Unternehmen .....	1473
A. Geschichte und Herkunft von „Internal Investigations“ .....	1476
B. Problematik der internen Untersuchungen .....	1478
C. Recht oder Pflicht zu internen Untersuchungen? .....	1479
I. In den USA börsennotierte Unternehmen .....	1479
II. Geschäftstätigkeit deutscher Unternehmen im Vereinigten Königreich .....	1480
III. Geschäftstätigkeit deutscher Unternehmen in Österreich .....	1481
IV. Unternehmen in Deutschland ohne Auslandsbezug .....	1482
V. Ausblick .....	1483
D. Rechtliche Grundlagen der internen Untersuchungen .....	1484
I. Unterlagen-, EDV- und E-Mail-Auswertung .....	1485
1. Datenschutz im Einzelnen .....	1485
2. Dienstliche Unterlagen, Dateien und E-Mails .....	1486
3. Private Unterlagen und Dateien .....	1486
a) Vom Arbeitgeber erlaubte Privatnutzung .....	1487

aa) Der unverdächtige Arbeitnehmer .....	1487
bb) Der verdächtige Arbeitnehmer .....	1487
b) Vom Arbeitgeber verbotene Privatnutzung .....	1487
aa) Der unverdächtige Arbeitnehmer .....	1487
bb) Der verdächtige Arbeitnehmer .....	1488
4. Durchsuchung und Beweissicherung in Büroräumen des verdächtigen Arbeitnehmers .....	1488
5. Bindung an das Fernmeldegeheimnis bei erlaubter privater Internet- und E-Mail-Nutzung .....	1488
II. Mitarbeiterbefragung .....	1489
1. Teilnahmepflicht .....	1489
2. Auskunftspflichten .....	1490
a) Auskunftspflicht innerhalb des vertraglichen Aufgabenbereichs .....	1490
b) Auskunftspflicht außerhalb des vertraglichen Aufgabenbereichs .....	1490
c) Auskunftspflicht bei Selbstbelastung .....	1491
aa) Innerhalb des eigenen Aufgabenbereichs .....	1491
bb) Außerhalb des eigenen Aufgabenbereichs .....	1492
d) Auskunftspflicht gegenüber Dritten .....	1492
e) Whistleblowing .....	1492
3. Verwertbarkeit der Aussage im Strafverfahren und Beschlagnahme .....	1493
4. Amnestiezusagen .....	1494
5. Durchführung der Mitarbeiterbefragung .....	1496
6. Beteiligung des Betriebsrats .....	1497
7. Dokumentation .....	1498
8. Verteidigung oder Zeugenbeistand des Mitarbeiters .....	1499
E. Mitwirkende Personen – Rechtsstellung und Funktion .....	1500
I. Unternehmensanwalt/-verteidiger .....	1500
II. Projektleiter und Projektteam .....	1501
III. Geschäftsleitung/Vorstand .....	1502
IV. Revision .....	1502
V. Rechtsabteilung .....	1503
VI. Compliance-Abteilung .....	1503
VII. Anwälte der betroffenen Mitarbeiter .....	1504
VIII. Berater aus anderen Rechtsgebieten .....	1505
F. Organisation der internen Untersuchungen .....	1506
I. Ausgangssituation – Analyse und Erkennen .....	1506
II. Arbeitsplan und Projektorganisation .....	1506
1. Planung und Organisation nationaler interner Untersuchungen .....	1506
2. Planung und Organisation bei Auslandsbezug .....	1507
III. Durchführung .....	1508
1. Beweissicherung .....	1508
a) Geschäftsunterlagen und Dokumente .....	1508
b) Mitarbeiterbefragung .....	1509
aa) Vorbereitung der Befragung .....	1509
bb) Befragung und Vernehmungslehre .....	1510
cc) Dokumentation .....	1511
2. Auswertung .....	1512
3. Strategiefindung .....	1512
IV. Verlaufskontrolle .....	1512

G. Ergebniszusammenfassung .....	1513
I. Abschlussbericht .....	1513
II. Konsequenzen .....	1514
H. Strafbarkeitsrisiken interner Ermittler .....	1515
I. Amtsanmaßung und Nötigung .....	1515
1. Amtsanmaßung (§ 132 StGB) .....	1515
2. Nötigung (§ 240 StGB) .....	1516
II. Verletzung von Privatgeheimnissen (§ 203 StGB) .....	1517
III. Parteiverrat (§ 356 StGB) .....	1518
IV. Strafbarkeit durch Zugriff auf Arbeitnehmerdaten .....	1520
V. Grenzen der Arbeitnehmerüberwachung .....	1521
I. Besonderheiten bei Auslandsbezug .....	1521
I. Externe Ermittler .....	1522
1. Ermittlungen durch SEC und DOJ .....	1522
2. Ermittlungen des SFO .....	1523
II. Ausländisches Recht .....	1524
1. US-Recht .....	1524
a) Materielles Recht – ein Überblick .....	1524
b) Verfahrensrechtliche Besonderheiten .....	1525
2. UK Bribery Act .....	1525
III. Kooperation in Auslandsfällen .....	1526
J. Beteiligung der Strafverfolgungsbehörden .....	1527
I. Kontakt und Kooperation mit der Staatsanwaltschaft .....	1527
II. Ermittlungsmaßnahmen der Staatsanwaltschaft .....	1529
III. Verständigung .....	1529
K. Umgang mit den Medien .....	1530
§ 48. Compliance Monitorships .....	1533
A. Einführung – Eine praxisorientierte Darstellung von Monitorships nach Verstößen gegen den U. S. Foreign Corrupt Practices Act .....	1533
B. Der Compliance Monitor im Sanktionssystem des U. S. FCPA .....	1535
C. Die Verhängung eines Compliance Monitorships .....	1535
D. Der Monitor als unabhängiger Akteur .....	1536
E. Auswahl des Compliance Monitors .....	1537
F. Regelung des Verhältnisses zwischen Unternehmen und Monitor .....	1538
G. Vorbereitung des Unternehmens auf das Compliance Monitorship .....	1538
H. Prüfungshandlungen des Monitors und Zertifizierung .....	1539
I. Interaktion des Unternehmens mit dem Monitorteam .....	1543
J. Schlussfolgerungen .....	1543
§ 49. Messbarkeit von Compliance aus Unternehmenssicht .....	1545
A. Einleitung .....	1546
B. Vorteile der Messung .....	1547
C. Rahmenbedingungen für die Messung eines Compliance-Programms aus Sicht eines internationalen Konzerns .....	1548
I. USA .....	1549
1. US Sentencing Guidelines (USSG) .....	1549
2. US Department of Justice – Evaluation of Corporate Compliance Programs .....	1550
3. OIG HHS – Measuring Compliance Program Effectiveness: A Resource Guide .....	1553
II. Vereinigtes Königreich .....	1555
1. UK Bribery Act 2010 und die Leitlinien zum Bribery Act .....	1555
2. SFO – Operationelle Leitlinien zur Bewertung eines Compliance-Programms .....	1556

III. ISO Standards .....	1556
IV. Schlussfolgerungen .....	1559
D. Methoden zur Messung von Compliance-Programmen in der Unternehmenspraxis .....	1560
I. Vorschlag für ein Messmodell anhand eines unternehmensinternen Ansatzes .....	1561
1. Vorbemerkung .....	1561
2. Thematischer Anwendungsbereich .....	1562
3. Dimensionen einer Messung .....	1563
4. Compliance-Erfolg .....	1564
5. Bezugspunkte für den Compliance-Erfolg .....	1566
6. Maturitätsmessung .....	1568
7. Effektivitätsmessung .....	1571
a) Statistische Datenanalyse .....	1572
b) Kultur .....	1574
8. Leistungsindikatoren & Scoringmodell .....	1576
II. Zusammenfassung .....	1577
<b>3. Abschnitt. Branchenspezifische Compliance Organisation .....</b>	<b>1579</b>
§ 50. Compliance in Verbänden .....	1579
A. Einleitung .....	1582
I. Die Vielseitigkeit der Verbandslandschaft .....	1582
II. Besonderheiten der Verbands-Compliance .....	1583
III. Die verschiedenen Compliance-Rollen von Verbänden .....	1584
IV. Die wachsende Bedeutung von Verbands-Compliance .....	1584
B. Die Compliance-Verantwortlichkeiten im Verband .....	1586
I. Die (externe) Compliance-Verantwortung des Verbands für seine Mitarbeiter und „Vereinsglieder“ .....	1586
1. Compliance-Verantwortung für Verbandsmitarbeiter .....	1586
a) Ordnungswidrigkeitenrechtliche Compliance-Haftung des Verbands .....	1587
aa) Compliance-Verstöße des gesetzlichen Vorstands .....	1587
bb) Compliance-Verstöße des besonderen Vertreters .....	1588
cc) Compliance-Verstöße sonstiger Mitarbeiter (in leitender Funktion) .....	1588
b) Zivilrechtliche Compliance-Haftung des Verbands .....	1589
aa) Compliance-Verstöße des gesetzlichen Vorstands .....	1589
bb) Compliance-Verstöße „anderer verfassungsmäßig berufener Vertreter“ .....	1590
cc) Compliance-Verstöße sonstiger Mitarbeiter .....	1591
2. Compliance-Verantwortung des Hauptvereins für seine Untergliederungen .....	1592
a) Compliance-Grenzen bei rechtlicher Selbständigkeit einer Untergliederung .....	1592
aa) Abgrenzung Zweigverein – unselbständige Verwaltungsstelle .....	1593
bb) Compliance-Pflichten des Hauptvereins gegenüber seinen Zweigvereinen .....	1594
b) Auflösung von Compliance-Grenzen durch die sog. Fiktionshaftung? .....	1595
3. Compliance-Verantwortung für Verbandsmitglieder .....	1595
4. Compliance-Verantwortung für Beteiligungsgesellschaften .....	1596

II. Die persönliche Compliance-Verantwortlichkeit der Verbandsmitarbeiter .....	1597
1. Gesetzlicher Vorstand .....	1598
a) Compliance-Innenhaftung .....	1598
b) Haftungsbeschränkung bei Ehrenamtlichkeit .....	1599
c) Haftungsbeschränkung durch Vereinbarung .....	1600
d) Verantwortungsdelegation .....	1600
aa) „Organschaftliche“ Delegation .....	1602
bb) „Einfache“ Delegation .....	1604
cc) „Einfache“ Aufgabendelegation auf vereinexterne Dritte .....	1605
e) Abschluss einer D&O-Versicherung .....	1605
f) Compliance-Außenhaftung und straf-/bußgeldrechtliche Verantwortung .....	1606
2. Fakultative Leitungsorgane („Verbandsgeschäftsführer“) .....	1608
3. Sonstige Mitarbeiter (Compliance-Beauftragte) .....	1609
C. Verbandsspezifische Compliance-Schwerpunkte .....	1610
I. Beachtung des externen und internen Vereinsrechts .....	1611
II. Verbandskartellrecht .....	1612
1. Übersicht .....	1612
a) Kartellrechtliche Ausfallhaftung .....	1612
b) Verschuldensunabhängige Gesamtvereinshaftung .....	1614
aa) Haftung des Hauptvereins für Kartellverstöße von Zweigvereinen .....	1614
bb) Haftung des Zweigvereins für Kartellverstöße des Hauptvereins .....	1615
c) Persönliche Haftung von Verbandsleitern und -mitarbeiterInnen .....	1616
d) Kartellrechts-Compliance .....	1616
2. Kartellrechtliche Risikobereiche und Orientierungshilfen .....	1617
a) Marktgespräche .....	1617
b) Marktinformationssysteme .....	1619
c) Verbandsempfehlungen .....	1620
d) Selbstverpflichtungen .....	1620
e) Einkaufskooperationen .....	1621
f) Standards und Normung .....	1621
g) Nachhaltigkeitsvereinbarungen .....	1622
h) Verbände in marktbeherrschender Stellung – Messen und Vereinsaufnahme .....	1623
III. Zuwendungen anlässlich der Verbandsarbeit .....	1623
1. Übersicht .....	1623
2. Zuwendungen an Amtsträger .....	1624
a) Strafrecht .....	1624
b) Internes Dienstrecht .....	1625
3. Bestechung von Mandatsträgern .....	1626
IV. Steuerrechts-Compliance .....	1627
1. Gemeinnützige Vereine .....	1627
a) Mittelverwendungsgebot .....	1627
b) Vorstandsvergütung .....	1627
c) Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb .....	1628
d) Steuerrisiko durch allgemeinpolitische Betätigung .....	1629
2. Berufsverbände .....	1630
a) Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb .....	1630

b) Spenden an politische Parteien .....	1633
c) Steuerrisiko durch allgemeinpolitische Betätigung .....	1633
V. Datenschutz-Compliance .....	1634
1. Übersicht .....	1634
2. Bestellung eines Datenschutzbeauftragten .....	1635
3. Organisation (gemeinsamer) elektronischer Datenbanken .....	1636
4. Offene E-Mail-Verteiler .....	1637
5. Herausgabe von Mitgliederlisten .....	1638
a) Herausgabe an Vereinsmitglieder .....	1638
b) Herausgabe an Gremienmitglieder .....	1639
c) Herausgabe an den Haupt- oder Dachverband .....	1639
d) Herausgabe an Vereinsexterne .....	1639
VI. Urheberrechts-Compliance .....	1639
VII. Transparenzpflichten .....	1640
1. Lobbyregistergesetz .....	1640
2. Transparenzregister nach dem Geldwäschegesetz .....	1641
D. Schlusswort .....	1642
§ 51. Compliance in der Banken- und Wertpapierdienstleistungsbranche .....	1645
A. Einleitung .....	1646
I. Die Compliance-Definition im Finanzmarktrecht .....	1646
II. Die Entwicklungsstufen der Compliance-Funktion .....	1651
III. Regelungssystematik .....	1654
B. Compliance-Maßnahmen .....	1657
I. Evidenz über die zu beachtenden Pflichten .....	1657
II. Compliance-Abteilung .....	1658
1. Aufgaben .....	1658
a) Monitoring .....	1659
aa) Erkennen, Lösen und Offenlegen von Interessenkonflikten .....	1659
bb) Erkennen von Verstößen gegen das Insiderrecht .....	1661
cc) Transaktionsmonitoring bei Geschäften in Finanzinstrumenten .....	1662
dd) Geldwäsche-, Terrorismusfinanzierungs- und Betrugs- Monitoring .....	1663
b) Identifizierung, Beurteilung und Steuerung von Compliance-Risiken .....	1664
c) Risikoreporting .....	1666
d) Beratung und Unterrichtung .....	1667
aa) Beratung .....	1667
bb) Unterrichtung durch Schulung von Mitarbeitenden ..	1668
cc) Unterrichtung durch Verfassung interner Regelungen .....	1669
e) Nachhaltigkeitsaspekte .....	1669
f) Beschwerdebearbeitung .....	1669
g) Behördenkontakt .....	1670
2. Aufbau und Struktur .....	1671
a) Abgrenzung zu anderen Abteilungen .....	1672
b) Unabhängigkeit .....	1672
c) Hierarchische Ansiedlung .....	1673
d) Zugangsrechte .....	1674
e) Compliance im Konzern .....	1674

§ 52. Compliance in der Versicherungswirtschaft .....	1675
A. Europäische Versicherungscompliance .....	1678
I. Bedeutung und Entwicklung der Versicherungscompliance .....	1678
1. Bedeutung .....	1678
a) Rechtsprodukt .....	1678
b) Vertrauensprodukt .....	1678
2. Entwicklung .....	1678
a) Regulierung .....	1678
b) Beaufsichtigung .....	1679
II. Regulierungsebenen .....	1680
III. Rechtsquellen .....	1681
1. Europäisches Recht .....	1681
2. Nationales Recht .....	1682
3. Rechtsprechung .....	1682
4. Unternehmensinnenrecht .....	1682
B. Compliance-Pflicht und Compliance-Verantwortung .....	1683
I. Compliance-Pflicht der Versicherungsunternehmen .....	1683
1. Unternehmensindividuelle Compliance .....	1683
2. Konzern-Compliance .....	1683
II. Compliance-Verantwortung des Vorstands .....	1684
1. Gesellschaftsrechtliche Anforderungen .....	1684
2. Legalitätspflicht .....	1684
3. Aufsichtsrechtliche Legalitätspflicht .....	1685
4. Rechtlicher Rahmen .....	1685
5. Organisationsfreiheit .....	1686
C. Aufsichtsrechtliche Regulierung der Compliance .....	1687
I. Regulierungsziele des Aufsichtsrechts .....	1687
II. Europarechtliche Vollharmonisierung .....	1687
III. Europarechtliche Auslegung .....	1687
IV. Prinzipienbasierte Regulierung .....	1688
V. Verhältnismäßigkeit und Proportionalität .....	1688
D. Vorgaben für die Unternehmensorganisation .....	1689
I. Governance .....	1689
1. Personenbezogene Anforderungen .....	1690
2. Vergütung .....	1691
3. Risikomanagement .....	1691
4. Internes Kontrollsysteem .....	1691
5. Interne Revisionsfunktion .....	1692
6. Versicherungsmathematische Funktion .....	1692
7. Outsourcing .....	1692
II. Geschäftsorganisation .....	1692
1. Versicherungsvertrieb .....	1692
2. Hinweisgeber .....	1693
3. Vergütung .....	1693
4. Kreditwürdigkeitsprüfung .....	1693
5. Geldwäscheprävention .....	1694
6. bAV .....	1694
7. IT .....	1694
III. Funktionsorientierte Regulierung .....	1694
E. Aufsichtsrechtliche Regulierung der Compliance-Funktion .....	1695
I. Relevante Regelungen .....	1695
II. Die vier Teilfunktionen .....	1696
III. Tätigkeitsgebiet .....	1696

IV. Operative Anforderungen .....	1697
1. Überwachungsaufgabe .....	1697
2. Das Modell der Drei Verteidigungslinien .....	1698
3. Beratungsaufgabe .....	1698
4. Frühwarnaufgabe .....	1699
5. Risikokontrollaufgabe .....	1699
V. Organisatorische Anforderungen .....	1700
1. Wirksamkeit .....	1701
2. Organisationsstruktur und Aufgabenwahrnehmung .....	1701
a) Objektivität, Fairness und Unabhängigkeit .....	1702
b) Autorität, Ressourcen und Fachkunde .....	1703
3. Compliance-Berichte .....	1704
a) Adressaten .....	1704
b) Inhalt und Aufbau .....	1705
c) Berichtsturnus .....	1705
d) Form .....	1706
§ 53. Compliance in der pharmazeutischen Industrie .....	1707
A. Einleitung .....	1708
B. Korruption .....	1709
I. Rechtlicher Rahmen .....	1709
1. Korruption im Öffentlichen Dienst .....	1710
2. Korruption im allgemeinen Wettbewerb .....	1711
3. Rechtslage bei Kassenärzten .....	1711
II. Lösungsansatz Ethikrichtlinien .....	1712
1. Trennungsprinzip .....	1713
2. Transparenzprinzip .....	1713
3. Dokumentationsprinzip .....	1714
4. Äquivalenzprinzip .....	1714
III. Interne Organisation .....	1714
1. Praktische Konsequenzen aus den vier Prinzipien .....	1714
a) Trennungsprinzip .....	1714
b) Transparenzprinzip .....	1715
c) Dokumentationsprinzip .....	1715
d) Äquivalenzprinzip .....	1715
2. Zentrales Vertragsmanagement .....	1716
3. Dienstanweisung und Mitarbeitererschulung .....	1717
IV. Einzelfälle .....	1717
1. Auftragsvergaben .....	1718
a) Studien und klinische Prüfungen .....	1718
b) Anwendungsbeobachtungen .....	1719
c) Beraterverträge .....	1719
d) Referententätigkeit .....	1720
2. Geräteüberlassung .....	1720
3. Fachliche Fortbildung .....	1721
a) Aktive Teilnahme .....	1722
b) Passive Teilnahme .....	1722
c) Bücher und Zeitschriften .....	1722
4. Sponsoring .....	1723
5. Spenden .....	1723
6. Geschenke .....	1724
7. Bewirtung .....	1725
C. Betrug und Untreue .....	1725

D. Produktsicherheit .....	1726
I. Rechtlicher Rahmen .....	1726
1. Produkthaftung .....	1727
2. Besondere Überwachungsvorschriften .....	1727
a) Europäisches Arzneimittelrecht .....	1727
b) Deutsches Arzneimittelrecht .....	1728
II. Organisatorische Maßnahmen .....	1728
1. Stufenplanbeauftragter .....	1728
2. Schulung der Pharmareferenten .....	1728
3. Qualitätssicherungssystem .....	1729
§ 54. Compliance in der chemischen Industrie .....	1731
A. Einleitung .....	1731
B. Internationale Gesetzgebung in der chemischen Industrie .....	1732
C. Gesetzgebung in der EU und in Deutschland .....	1735
D. Organisation der Produkt-Compliance .....	1742
§ 55. Compliance in der Kreislauf- und Abfallwirtschaft .....	1747
A. Einführung .....	1749
B. Abfallrechtliches Regelungsregime .....	1750
I. Überblick .....	1750
1. Europarecht .....	1750
2. Bundesrecht .....	1751
3. Landesrecht .....	1751
4. Kommunalrecht .....	1751
5. Konkret-individuelle administrative Vorgaben .....	1751
II. Systementscheidungen .....	1752
1. Abfall oder Produkt .....	1752
2. Verwertung oder Beseitigung .....	1754
III. Grundpflichten .....	1754
1. Vermeidung .....	1755
2. Verwertung und Beseitigung .....	1755
IV. Produktverantwortung .....	1756
C. Haftung .....	1758
I. Verwaltungsrecht .....	1758
II. Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht .....	1760
1. Straftatbestände .....	1760
a) § 326 StGB .....	1760
b) § 327 StGB .....	1761
c) §§ 18a, 18b AbfVerbrG .....	1761
2. Ordnungswidrigkeitentatbestände .....	1762
3. Exkurs: Rechtsfolgen im Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht .....	1762
a) Rechtsfolgen für den Betroffenen .....	1762
aa) Im Strafrecht .....	1762
bb) Im Ordnungswidrigkeitenrecht .....	1764
b) Rechtsfolgen für das Unternehmen .....	1764
III. Zivilrecht .....	1765
D. Regelungen mit Organisationsbezug .....	1766
I. Anzeige- und Mitteilungspflichten nach § 58 KrWG .....	1766
1. Anzeige der verantwortlichen Person .....	1766
2. Mitteilung betriebsorganisatorischer Maßnahmen .....	1766
II. Sonstige Anzeige-, Mitteilungs- und Dokumentationspflichten .....	1767
1. Nachweis- und Registerpflichten .....	1767

2. Anzeigepflichten nach § 53 KrWG .....	1767
3. Sonstiges .....	1768
III. Betriebsbeauftragter für Abfall .....	1768
IV. Zertifizierungsfähige Umweltmanagementsysteme .....	1769
1. EMAS .....	1770
2. ISO .....	1771
3. Entsorgungsfachbetrieb .....	1771
a) Anforderungen an die betriebliche Organisation .....	1771
b) Anforderungen an die personelle Qualifikation .....	1772
c) Zertifizierung .....	1772
4. Fazit .....	1772
E. Betriebsorganisation .....	1772
I. Identifikation abfallrelevanter Risikobereiche .....	1773
II. Information und Kommunikation .....	1773
III. Ressortierung .....	1773
IV. Delegation .....	1774
V. Drittbeauftragung („Externe Delegation“) .....	1774
VI. Maßnahmen beim Einsatz von Sekundärrohstoffen und Ersatzbrennstoffen .....	1774
VII. Maßnahmen gegenüber Lieferanten .....	1775
VIII. Abfallwirtschaftskonzepte und Abfallbilanzen .....	1775
IX. Umweltkrisenstab .....	1776
X. Versicherung .....	1776
XI. Dokumentation .....	1776
F. Fazit .....	1776
§ 56. Unfall- und Gefährdungsprävention am Bau .....	1779
A. Einführung .....	1781
B. Normative Vorgaben zur Verkehrssicherung auf Baustellen .....	1782
I. Europarechtliche Vorgaben .....	1782
II. Öffentlich-rechtliche nationale Schutzvorschriften .....	1782
1. Staatliche Arbeitsschutzvorschriften .....	1783
2. Unfallverhütungsvorschriften .....	1785
3. Sicherheitstechnische Vorschriften .....	1785
III. Technische Normen .....	1786
C. Haftung bei Unfällen am Bau .....	1786
I. Strafrechtliche Haftung .....	1786
1. Straf- und Bußgeldtatbestände des öffentlichen Arbeitsschutzrechts .....	1786
2. Strafbarkeit nach §§ 222, 229 StGB .....	1787
3. Strafbarkeit wegen Baugefährdung (§ 319 StGB) .....	1788
II. Zivilrechtliche Haftung .....	1789
1. Vertragliche Haftung der Baubeteiligten .....	1789
2. Deliktische Haftung der Baubeteiligten .....	1790
a) Unternehmen allgemein .....	1790
b) Bauherr .....	1791
c) Bauunternehmen .....	1791
d) Generalunternehmer .....	1792
e) Projektleiter .....	1792
f) Architekt/Bauüberwacher .....	1793
g) Bauleiter nach LandesBauO .....	1794
3. Weitere deliktische Haftung .....	1795
4. Haftung im Verhältnis zu Arbeitnehmern .....	1795

5. Haftung gegenüber den Unfallversicherungsträgern .....	1796
6. Haftung in der Delegationskette .....	1796
<b>D. Gefährdung am Bau .....</b>	<b>1797</b>
I. Radonbelastung am Bau .....	1797
1. Einleitung .....	1797
2. Rechtlicher Hintergrund zu Radon .....	1797
3. Rechtliche Vorgaben bei Neubauten .....	1798
4. Rechtliche Vorgaben bei Bestandsbauten .....	1799
5. Rechtliche Vorgaben bei Arbeitsplätzen .....	1799
6. Haftungsproblematiken .....	1800
7. Ausblick zu Radon .....	1801
II. Trinkwasserleitungen .....	1801
1. Allgemeines zu Trinkwasserleitungen .....	1801
2. Haftungsproblematiken .....	1801
III. Arsen am Bau .....	1802
<b>E. Elemente eines Compliance-Konzeptes .....</b>	<b>1803</b>
I. Allgemeines .....	1803
II. Compliance-Managementsystem nach der DIN ISO 37301:2021-11 .....	1803
III. Konkrete Haftungsvermeidungsstrategie auf Seiten der Bauherren .....	1804
IV. Konkrete Haftungsvermeidungsstrategie auf Seiten der ausführenden Bauunternehmen/Generalunternehmen .....	1807
V. Konkrete Haftungsvermeidungsstrategie auf Seiten der Architekten/Bauüberwacher .....	1810
<b>F. Zusammenfassung .....</b>	<b>1812</b>
<b>§ 57. Digitale Dienste und E-Commerce .....</b>	<b>1815</b>
A. Einleitung .....	1816
B. Der Digital Services Act .....	1817
I. Inkrafttreten, Gegenstand und Geltungsbereich .....	1817
II. Haftungsprivilegierung der Hostingprovider .....	1817
1. Überblick .....	1817
2. Grundsatz und Ausnahmen .....	1818
3. Keine allgemeine Überwachungspflicht .....	1819
4. Rechtsprechung .....	1819
III. Sorgfaltspflichten .....	1819
1. Überblick .....	1819
2. Bestimmungen für alle Anbieter von Vermittlungsdiensten .....	1820
3. Zusätzliche Bestimmungen für Hostingprovider .....	1821
4. Zusätzliche Bestimmungen für Anbieter von Online-Plattformen .....	1821
5. Zusätzliche Bestimmungen für B2C-Online-Marktplätze .....	1823
6. Zusätzliche Bestimmungen für Anbieter sehr großer Online-Plattformen und sehr großer Online-Suchmaschinen .....	1824
IV. Umsetzung, Sanktionen und Durchsetzung .....	1824
C. Fernabsatzrecht und elektronischer Geschäftsverkehr .....	1825
I. Anwendungsbereich .....	1825
II. Informations- und Belehrungspflichten .....	1827
1. Vorabinformationen .....	1827
a) Die wesentlichen Pflichtangaben .....	1827
b) Kommunikationszeitpunkt .....	1830
c) Fernabsatzrechtliches Transparenzgebot .....	1831
2. Pflicht zur Bestätigung des Vertrages .....	1831

III. Pflichten im elektronischen Geschäftsverkehr .....	1832
1. Allgemeine Pflichten im elektronischen Geschäftsverkehr .....	1832
2. Besondere Pflichten im elektronischen Geschäftsverkehr (§ 312j BGB) .....	1833
a) Bestätigung der Entgeltpflicht (Button-Lösung) .....	1833
b) Information über wesentliche Vertragselemente .....	1834
c) Lieferbeschränkungen/akzeptierte Zahlungsmittel .....	1834
3. Weitere Pflichten im E-Business .....	1834
a) Hinweis auf enthaltene Umsatzsteuer und sonstige Preisbestandteile .....	1834
b) Online-Streitbeilegung nach der ODR-VO .....	1835
c) Alternative Streitbeilegung nach § 36 VSBG .....	1835
IV. Risiken bei Pflichtverstößen .....	1836
1. Vertragliche Risiken des Unternehmens .....	1836
2. Wettbewerbsrechtliche Haftungsrisiken .....	1836
a) Nicht ordnungsgemäße Information über das Widerrufsrecht .....	1837
b) Im Übrigen nicht ordnungsgemäße Kundeninformation ..	1837
c) Wettbewerbsrechtliche Relevanz und Bagatellgrenze ..	1838
d) Anspruchsberechtigungen .....	1838
§ 58. Compliance-Pflichten des Immobilienmaklers .....	1841
A. Antigeldwäsche .....	1842
I. Einleitung .....	1842
II. Geldwäsche, Terrorismusbekämpfung – Grundlagen und Definitionen .....	1845
1. Definition Geldwäsche .....	1845
2. Definition Terrorismusfinanzierung .....	1845
3. Gesetzliche Grundlagen: Pflichten und Rechtsfolgen .....	1846
a) Geldwäschegesetz (GwG) .....	1846
b) Strafgesetzbuch (StGB): Geldwäschetatbestand .....	1848
c) Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG): Organisations- und Kontrollpflichten .....	1848
4. „Know-your-Customer“-Prinzip .....	1848
III. Pflichten des Geldwäschegesetzes .....	1848
1. Risikomanagement .....	1850
a) Risikoanalyse .....	1850
b) Interne Sicherungsmaßnahmen .....	1851
aa) Ausarbeitung von internen Grundsätzen, Verfahren und Kontrollen .....	1851
bb) Bestellung eines Geldwäschebauftragten und seines Stellvertreters (§ 7 GwG) .....	1852
cc) Schaffung von gruppenweiten Verfahren (§ 9 GwG) ..	1852
dd) Zuverlässigkeitssprüfung und Unterrichtungspflicht ..	1852
2. Sorgfaltspflichten in Bezug auf Kunden – Know your Customer .....	1853
a) Identifizierung im Allgemeinen .....	1853
aa) Identifizierung des Vertragspartners und der ggf. auftretenden Person .....	1854
bb) Zeitpunkt der Identifizierung .....	1854
cc) Art und Weise der Identifizierung .....	1855
(1) Natürliche Personen .....	1855
(2) Abwesende natürliche Personen .....	1856

(3) Juristische Personen, Personenhandelsgesellschaften etc .....	1856
(4) Praxishinweise zur Identifizierung .....	1857
b) Absehen von der Identifizierung .....	1858
c) Ermittlung und Identifizierung des wirtschaftlich Berechtigten .....	1858
d) Exkurs: Transparenzregister .....	1860
e) Politisch exponierte Person als Vertragspartner/ wirtschaftlich Berechtigter .....	1861
f) Überwachung der Geschäftsbeziehung .....	1862
g) Kooperation des Maklerkunden .....	1863
h) Vereinfachte und verstärkte Sorgfaltspflichten (§§ 14, 15 GwG) .....	1863
aa) Vereinfachte Sorgfaltspflichten (§ 14 GwG) .....	1864
bb) Verstärkte Sorgfaltspflichten (§ 15 GwG) .....	1864
(1) Politisch exponierte Personen (PeP) .....	1864
(2) Drittstaat mit hohem Risiko .....	1865
cc) Auffälliges vermitteltes Rechtsgeschäft (Transaktion) ..	1865
i) Aufzeichnung und Aufbewahrung (§ 8 GwG) .....	1866
j) Kontrollmechanismen .....	1867
3. Meldepflichten und Verdachtsfälle .....	1868
a) Meldepflicht .....	1868
b) Verdachtsfälle .....	1868
c) Zeitpunkt und Form der Verdachtsmeldung .....	1869
d) Konsequenzen einer Verdachtsmeldung (§§ 46, 47 Abs. 1 GwG) .....	1870
IV. Folgen unterlassener Pflichten nach dem GwG .....	1870
<b>B. Das Widerrufsrecht des Verbrauchers bei Maklerverträgen</b> .....	1870
I. Einleitung .....	1870
II. Voraussetzungen .....	1871
III. Maklerpflicht gegenüber Verbrauchern: Belehrung über das Widerrufsrecht .....	1871
IV. Rechtsfolgen einer korrekten Belehrung über das Widerrufsrecht .....	1872
V. Rechtsfolgen einer falschen oder fehlenden Belehrung über das Widerrufsrecht .....	1872
VI. Folgen des Widerrufs .....	1872
<b>§ 59. Compliance im Transportgewerbe</b> .....	1875
A. Einleitung .....	1876
B. Haftungsrisiken beim Landtransport .....	1877
I. Grundlagen der Haftung .....	1877
1. Nationale Transporte .....	1877
2. Internationale Transporte .....	1879
3. Gefahrguttransporte .....	1880
II. Haftungsbegrenzungen .....	1880
1. Gesetzliche Haftungsbegrenzungen .....	1880
2. Vertragliche Haftungsbegrenzungen .....	1881
III. Durchbrechung der Haftungsbegrenzungen .....	1881
1. Vorsätzliche Schadensverursachung .....	1882
2. Leichtfertige Schadensverursachung .....	1882
3. Grobes Organisationsverschulden .....	1883
4. Haftungseinschränkung durch Mitverschulden .....	1884
a) Mitverschulden wegen unterlassener Wertdeklaration .....	1884

b) Mitverschulden aufgrund eines unterlassenen Hinweises eines drohenden ungewöhnlich hohen Schadens .....	1885
c) Mitverschulden wegen Kenntnis der mangelhaften Betriebsorganisation .....	1885
d) Mitverschulden wegen des Versands eines Gutes trotz Beförderungsausschluss .....	1885
5. Beweislastverteilung und Einlassungsobligieheit .....	1886
C. Haftungsrisiken beim Lufttransport .....	1887
I. Grundlagen der Haftung .....	1887
II. Die Haftung nach dem Warschauer Abkommen .....	1887
III. Die Haftung nach dem Montrealer Übereinkommen .....	1888
D. Haftungsrisiken beim Seetransport .....	1890
E. Haftungsrisiken beim Binnenschiffstransport .....	1893
F. Haftungsrisiken beim multimodalen Transport .....	1894
G. Haftungsvermeidung in der betrieblichen Praxis .....	1896
I. Betriebliche Organisation/Schnittstellenkontrollen .....	1896
II. Diebstahlschutz .....	1897
III. Separate Wertgutbeförderung .....	1897
IV. Beförderungsausschluss für bestimmte Güter .....	1898
V. Vertragliche Modifizierung der Haftungsregelungen .....	1898
VI. Eindecken eines ausreichenden Versicherungsschutzes .....	1899
§ 60. Compliance im Presse- und Verlagswesen .....	1901
A. Einleitung .....	1902
B. Rechtlicher Rahmen im Presse- und Verlagswesen .....	1902
I. Verlagsrecht .....	1903
1. Verlagsgesetz .....	1903
2. Verlagsvertrag .....	1903
3. Preisbindung von Verlagserzeugnissen .....	1904
II. Presserecht .....	1904
1. Pressefreiheit .....	1904
2. Auskunftsansprüche der Presse .....	1906
3. Journalistische Sorgfaltspflichten bei der Berichterstattung .....	1906
4. Impressumspflicht und Haftungsverantwortung der Pressebeteiligten .....	1907
C. Journalistische Verhaltensgrundsätze .....	1909
D. Risikobereiche in Presse- und Verlagsunternehmen .....	1910
I. Pressedelikte .....	1910
1. Allgemeines .....	1910
2. Wesentliche Straftatbestände .....	1912
II. Presserechtliche Haftung .....	1913
1. Allgemeines zum Persönlichkeitsrecht .....	1913
2. Ansprüche des Betroffenen .....	1915
III. Wettbewerbsrechtliche Haftung .....	1916
1. Anzeigen .....	1916
2. Vertrieb .....	1917
IV. Kartellrechtliche Aspekte .....	1918
1. Kartellverbote .....	1918
2. Verbandskartellrecht .....	1919
3. Missbrauch marktbeherrschender Stellung .....	1919
4. Pressefusionskontrolle .....	1921
E. Haftungsvermeidung durch Organisation .....	1922
I. Unternehmensrichtlinien und Dienstanweisungen .....	1922

II. Mitarbeitererschulungen .....	1923
III. Lektorat .....	1923
IV. Vertragsmanagement .....	1924
V. Exkurs: Umgang mit der Presse im Krisenmanagement .....	1924
§ 61. Compliance in der Lebensmittelwirtschaft .....	1927
A. Einführung .....	1928
B. Rechtlicher Rahmen für Lebensmittel im Überblick .....	1930
C. Betriebsspezifische Compliance .....	1931
I. Lebensmittelrechtliche Verantwortung des Unternehmers .....	1931
II. Delegation der Verantwortung .....	1931
III. Einhaltung der Verantwortung .....	1932
1. Hersteller .....	1932
2. Importeur .....	1933
3. Großhändler .....	1933
4. Einzelhändler .....	1934
IV. Personal .....	1934
V. Betriebliche Registrierung bzw. Zulassung .....	1934
D. Produktspezifische Compliance .....	1935
I. Herstellungsvorschriften .....	1935
II. Behördliche Genehmigungen .....	1935
III. Herstellung nach HACCP .....	1936
IV. Sicherheit der Lebensmittel .....	1936
V. Sicherheitskriterien .....	1937
1. Gesundheitsschädlichkeit .....	1937
2. Ungeeignetheit .....	1938
3. Umsetzung in der Praxis .....	1938
VI. Täuschungsschutz und Kennzeichnung .....	1938
VII. Rückverfolgbarkeit .....	1940
VIII. Rückruf und Rücknahme .....	1940
E. Information und Kommunikation .....	1941
I. Informationsrecht und -pflicht der Behörde .....	1941
II. Informationspflicht des Lebensmittelunternehmers .....	1941
III. Informationsrecht des Verbrauchers .....	1942
F. Rechtlicher Rahmen für Lebensmittelbedarfsgegenstände im Überblick .....	1942
G. Rechtlicher Rahmen für Kosmetika im Überblick .....	1943
H. Krisenmanagement .....	1943
I. Grund für eine Krise .....	1944
II. Vorbereitung auf eine Krise .....	1944
1. Krisenteam .....	1944
2. Organisationshilfen des Krisenteams .....	1944
3. Umgang mit der Krisensituation .....	1945
4. Kommunikation .....	1945
III. Nach einer Krise .....	1946
I. Lebensmittelüberwachung .....	1946
I. Aufgaben .....	1946
II. Befugnisse .....	1946
1. Anordnungen .....	1947
2. Probennahme .....	1947
3. Persönliche Maßnahmen .....	1947
J. Zertifizierungen .....	1948

§ 62. Compliance im Messebereich .....	1949
A. Einleitung .....	1950
B. Rechtlicher Rahmen .....	1951
I. Öffentlich-rechtliche Vorschriften .....	1953
1. Gewerberecht .....	1953
2. Versammlungsrecht .....	1955
3. Baurecht .....	1956
4. Gaststättenrecht .....	1957
5. Straßen- und Straßenverkehrsrecht .....	1958
6. Jugendschutzrecht .....	1958
7. Vergaberecht .....	1959
8. Kartellrecht .....	1959
9. Künstlersozialversicherung .....	1960
10. GEMA .....	1960
II. Privatrechtliche Vorschriften .....	1960
1. Messegesellschaften .....	1961
2. Messeveranstalter .....	1961
3. Messedienstleister .....	1962
a) Standbau .....	1963
b) Standausstattung .....	1963
c) Standversorgung .....	1963
d) Transport .....	1963
e) Bewachung, Reinigung .....	1963
f) Gastronomie .....	1964
g) Zeitpersonal .....	1964
h) Messeberater .....	1964
i) Marktforschungsinstitute .....	1964
4. Aussteller .....	1964
5. Besucher .....	1965
III. Strafrechtliche Vorschriften .....	1966
1. Generelle Strafrechtsvorschriften .....	1966
2. Strafrechtliche Besonderheiten mit Blick auf Amtsträger .....	1966
C. Haftung .....	1967
I. Vertragliche Haftung .....	1968
1. Vertragliche Haftung .....	1968
2. Vorvertragliche Haftung .....	1968
3. Vertrag mit Schutzwirkung zu Gunsten Dritter .....	1969
II. Deliktische Haftung .....	1969
1. Unerlaubte Handlung .....	1969
2. Haftung für Verrichtungsgehilfen .....	1970
III. Organhaftung .....	1970
IV. Schadensersatz .....	1970
V. Haftungsbegrenzung .....	1970
VI. Versicherungen .....	1971
D. Risikobereiche in Messeunternehmen und Verhaltensgrundsätze .....	1972
I. Sicherheit und Ordnung .....	1972
II. Öffentlich-rechtliche Genehmigungen und Abgaben .....	1973
III. Vergabe von Aufträgen .....	1973
IV. Akquisitionen und Repräsentationen .....	1974
E. Haftungsvermeidung durch Organisation .....	1975
§ 63. Compliance in der Öffentlichen Verwaltung .....	1977
A. Einleitung .....	1977
B. Ausgangspunkt .....	1978

C. Das bestehende Regelwerk und Maßnahmen der Verwaltung .....	1979
I. Korruptionsprävention .....	1979
1. Richtlinie zur Korruptionsprävention .....	1980
a) Feststellung der besonders korruptionsgefährdeten Arbeitsgebiete .....	1980
b) Sicherungs- und Schutzmaßnahmen .....	1980
c) Antikorruptionsbeauftragte .....	1981
d) Hinweisgebende .....	1981
e) Leitfäden .....	1981
2. Rundschreiben zum Verbot der Annahme von Belohnungen oder Geschenken .....	1982
3. Zusammenarbeit mit der Wirtschaft .....	1982
II. Allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Förderung von Tätigkeiten des Bundes durch Leistungen Privater (Sponsoring, Spenden und sonstige Schenkungen) .....	1983
III. Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Einsatz von außerhalb des öffentlichen Dienstes Beschäftigten (externen Personen) in der Bundesverwaltung .....	1983
D. Die Umsetzung des Regelwerkes .....	1984
I. Korruptionsprävention .....	1984
II. Sponsoring .....	1984
III. Externe Personen .....	1985
E. Compliance in der Praxis .....	1985
I. Interne Kontrollsysteme .....	1985
II. Gerichtliche Kontrolle .....	1986
F. Fazit .....	1987